

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Reklamanten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Der deutsche Parteitag.

In der Zeit vom 11. bis 14. Juni tagte in Berlin der Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Es war der erste Parteitag seit dem Einigungskongress in Nürnberg im Jahre 1922, auf dem die Wiedervereinigung der bis dahin in zwei Gruppen gespaltenen sozialdemokratischen Partei vollzogen wurde. In den Zeitraum von zwei Jahren, der seither verfloßen ist, ist die schwerste Periode eingeschlossen, die unsere deutsche Bruderpartei wohl seit je zu durchleben hatte. In diese Zeit fällt der Ruhrkonflikt, die Inflation, das Anwachsen der monarchistischen Reaktion, der konzentrierte Angriff des Unternehmertums gegen den Achtstundentag und der Kampf um die Erhaltung der Republik. Es ist erklärlich, daß die Partei von diesen Ereignissen in Mitleidenschaft gezogen und vorübergehend in die Defensive gedrängt wurde. Die stärkste nachteilige Wirkung übte auf die Partei die Inflationsperiode mit dem sie begleitenden furchtbaren sozialen Elend und dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit aus. Das dem Verderben schier rettungslos preisgegebene Wirtschaftsleben Deutschlands, das die Existenzmöglichkeiten jedes einzelnen Arbeiters erschütterte, schädigte auch das Leben und die Grundlagen der Partei in verzweifelter Weise. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands zählte früher auch materiell zu den bestfundiertesten Parteien der Internationale. Mit der rapid fortschreitenden Geldentwertung sanken ihre Einnahmen auf den Nullpunkt herab, so daß die Partei nicht mehr in der Lage war, ihren Haushalt decken zu können. Der Parteivorstand mußte bei seinen Auslagen für Agitationszwecke solche Einschränkungen vornehmen, daß dadurch die Tätigkeit der Partei fast völlig gehemmt war. Das war zu einer Zeit, da sowohl die bürgerlichen Parteien wie die Kommunisten, die von ihrer Moskauer Zentrale souteniert werden, über reiche Geldquellen verfügten. Wie die Partei litt auch ihre Presse unter dem Währungsunglück, die Einnahmen unserer Zeitungen vermochten nicht annähernd mehr die Auslagen zu decken. Auch ihre Abonnentenzahl ging rapid zurück, da das wirtschaftliche Elend den großen Massen der Arbeiterschaft das Abonnement einer Zeitung nicht mehr erlaubte. Auch von inneren Streitigkeiten über die Taktik der Partei ist sie nicht unberührt geblieben. Das war besonders in Sachsen der Fall, wo es eine Zeitlang schien, als würden die Differenzen zu einer neuen Spaltung Anlaß geben.

Diese traurige Periode, in der das Aergste für die Partei befürchtet werden mußte, ist vorüber. Schon der Reichstagswahlkampf fand die Partei gekräftigt und wenigstens nach außen geeinigt wieder, wenn auch die Wirkungen der zerstörenden Kräfte nicht vollends beseitigt werden konnten. Immerhin war zu sehen, daß die Mutlosigkeit gewichen war und der alte Kampfesgeist die deutschen Genossen erfüllte, so daß die Erwartungen der Gegner auf die „Zerschmetterung“ der Sozialdemokratie Schiffbruch erlitten. Die gewissenlosen Agitationsmittel, die gegen die Partei zur Anwendung kamen, versagten, und trotz aller Ungunst der Verhältnisse, die gegen unsere Partei zusammenwirkten, erwies sich deren neu-gewonnene organisatorische Schlagkraft in einem Maße, daß die Gegner zugeben mußten, die Sozialdemokratie sei wieder im Vorwärtsschreiten. Der Berliner Parteitag ist zu einer Zeit zusammengetreten, da es gelungen ist, die Partei aus der Verteidigungs- in die Kampfstellung zu bringen. Seine Aufgabe war, zu den bevorstehenden Aufgaben der Partei Stellung zu nehmen, ihre volle Einheit herzustellen und den Kampfwillen des sozialdemokratischen Proletariats zu stärken, dessen die Partei infolge der getürmten Schwierigkeiten künftig mehr noch als früher bedürfen wird. Es war ein Parteitag ernster,

Wähler und Wählerinnen!! Sichert euch euer Wahlrecht!

Möglichkeit von Parlamentsneuwahlen

Die Krise innerhalb der Koalitionsparteien schreitet vorwärts. Wenn auch diese Parteien aus Furcht vor Neuwahlen immer wieder Mittel und Wege finden, um die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze für den Augenblick auszugleichen, verschärfen sich diese Gegensätze von Monat zu Monat mehr und es ist zweifellos, daß früher oder später der Tag kommen muß, an dem diese Gegensätze unüberbrückbar und damit Neuwahlen unausweichlich werden. Dieser Zeitpunkt kann mit Bestimmtheit im heurigen Jahre eintreten. Für die Wahl würden aber jene Wählerlisten gelten, welche Sonntag, den 15. Juni 1924 aufgestellt wurden. Dieselben bleiben bis Sonntag, den 22. Juni, zugänglich und in dieser Zeit kann gegen die aufgelegten Wählerlisten beim Gemeindevorstand die Reklamation erhoben werden. Die Wählerverzeichnislisten müssen zur Einsichtnahme wenigstens drei Stunden täglich zugänglich sein, in Gemeinden mit über 5000 Einwohnern wenigstens acht Stunden täglich, und zwar am Samstag auch in den Mittagsstunden, am Sonntag von 8 bis 12 Uhr vormittags. In die Verzeichnisse kann jedermann Einsicht nehmen.

Wer ist Wähler?

In den ständigen Wählerverzeichnislisten müssen alle Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik ohne Unterschied des Geschlechtes eingetragen sein, die am 15. Juni das 21. Lebensjahr überschritten haben, in der Gemeinde wenigstens seit dem 15. März ihren Wohnsitz haben und nicht gemäß dem Gesetze ausdrücklich vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wer ist von der Eintragung in die Wählerlisten ausgeschlossen?

1. Personen, die durch einen rechtskräftigen gerichtlichen Ausspruch des Reiches, über ihr Vermögen frei zu verfügen, verlustig erklärt worden sind;
2. Personen, die in Konkurs geraten sind, während der Dauer des Konkursverfahrens sowie diejenigen, über deren Ansuchen ein Ausgleichsverfahren im Zuge ist, solange dasselbe nicht für abgeschlossen erklärt wurde;
3. Personen, die durch ein rechtskräftiges Urteil eines Strafgerichtes wegen einer solchen straf-

baren Handlung verurteilt worden sind, die nach den bestehenden Bestimmungen den Verlust des Gemeindevahlrechtes nach sich zieht.

Bei Vergehen gegen die kais. BzG. vom 12. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 275, über den Wucher tritt der Verlust des Wahlrechtes bereits bei der ersten Verurteilung ein.

4. Personen, die sich in einer Zwangsarbeitsanstalt befinden.

Welche Kategorie von Wählern muß sich besonders um die Aufnahme in die Wählerlisten kümmern?

1. Jene, die in der Zeit zwischen dem 15. Dezember 1923 und 15. Juni 1924 das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und
2. jene, die in der Zeit zwischen dem 15. September 1923 und dem 15. März 1924 in die betreffende Gemeinde überfiedelt sind.

Wie muß man reklamieren?

Wer nicht in den ständigen Wählerlisten eingetragen ist, obwohl er alle gesetzlichen Voraussetzungen des Wahlrechtes erfüllt, muß eine Reklamation überreichen, in der er die Eintragung in die Wählerlisten verlangt. Die Reklamation kann auch ein anderer Staatsbürger überreichen, es empfiehlt sich jedoch, daß jeder seine Reklamation unterschreibt, denn nur dadurch sichert er sich das Recht eines eventuellen Rekurses an das Wahlgericht. Jede Reklamation darf nur einen Wähler betreffen. Wende sich jeder an die Vertrauensmänner der Partei im Ort. Die Lokalorganisationen unserer Partei führen die Reklamationen für den betreffenden Wähler durch.

Genossinnen und Genossen!

Selbst die Regierungsparteien fordern ihre Anhänger zur Einsichtnahme in die Wählerlisten, bezw. zur Reklamation auf, so daß auch diese Parteien mit der Möglichkeit von Wahlen im nächsten Halbjahre rechnen. Jeder Wähler und jede Wählerin hat daher das größte Interesse daran, in die Wählerliste aufgenommen zu werden, denn wer in der Wählerliste nicht vorkommt, kann später nicht reklamieren und verliert daher sein Wahlrecht für alle Wahlen, die im nächsten Halbjahre vorgenommen werden, verliert also das wichtigste Recht, das der Staatsbürger hat.

Benütze daher jeder die Zeit bis zum nächsten Sonntag!

Herriots erste Gesetze:

Amnestie, Lausanner Vertrag, Annulierung der Dekretgesetze.

Paris, 17. Juni. Die Regierung hat drei Gesetzesvorschläge der Kammer unterbreitet:

1. Das Amnestiegesetz;
2. die Ratifizierung des Lausanner Vertrages mit der Türkei;
3. den Vertrag auf Annulierung der sogenannten Dekretgesetze.

Zur Amnestie wäre zu bemerken: Der Antrag ist in gewisser Beziehung ebenso großzügig wie das Amnestiegesetz von 1906. Wegen der militärischen Delikte wird das Begnadigungssystem, das am 1. Juni außer Wirksamkeit getreten ist, jetzt wieder in Geltung gebracht. Auf diese Weise können beispielsweise Einverständnisse mit dem Feind und andere derartige Verbrechen durch individuelle Maßnahmen der Amnestie teilhaftig werden, wogegen sie in einem allgemeinen Amnestiegesetz nicht einbezogen werden könnten.

Mit Bajonetten gegen Arbeiter.

Wien, 17. Juni. (Eigenbericht.) Im Gusswerk bei Rattzell streikten seit einigen Tagen die Arbeiter, des dortigen Ziegwerkes und der Bezirkshauptmannschaft ließ daher Gendarmerie kommen. Gestern kamen dreißig Streikbrecher in einem Automobil an. Die einheimischen Arbeiter wollten mit den Streikbrechern verhandeln, das ließ aber ein Meister nicht zu. Als die Arbeiter dann gegen den Meister demonstrierten, ließ der Gendarmeriepostenführer die Gendarmen mit Bajonetten gegen die Arbeiter losgehen. Sieben wurden zwölf Arbeiter und ein vierjähriges Kind, das ein Arbeiter auf dem Arm trug, durch Bajonettschläge verletzt. Nach diesem Vorfall, der große Erregung hervorrief, wurden dann die Verhandlungen mit der Werkleitung geführt, die den Arbeitern eine Lohnerhöhung von fünf bis sieben Prozent bewilligte.

sachlicher Arbeit und es gelang auch, den tatsächlichen Parteistreit beizulegen. Auf dem Parteitag traten wohl die beiden in der Partei herrschenden Richtungen sichtbar zutage, und der Kampf der Geister war ein reger, aber als der Parteitag geschlossen wurde, erfüllte „Rechte“ wie „Linke“ das freudige Bewußtsein des Wiederaufstiegs der Bewegung.

Der Kernpunkt der Auseinandersetzungen war die staatspolitische Haltung der Partei, war das Problem der Koalition. Ein Teil der Linken hatte eine grundsätzliche Schwankung verlangt und es war von ihm ein Antrag eingebracht worden, der die bisherige Politik der Partei mißbilligte und jedwede „Anlehnung an die Bourgeoisie auf politischem Gebiete“ verwarf. Für die Annahme dieses Antrages war aber nur eine Minderheit. Die Mehrheit gab durch ihre Redner, vor allem durch die Referate der Genossen Bels, Müller und Hilsferding der Ueberzeugung Ausdruck, daß der restlose Uebergang der Partei zu einer reinen Politik der Negation und Opposition gegenwärtig unmöglich ist. Die Partei müsse gegenwartspolitisch treiben, eine Politik der Wirklichkeit und Tatsachen, und alles unterlassen, was die Bemühungen der englischen und französischen Sozialisten um die Herbeiführung des europäischen Friedens zunichte machen könnte, wobei natürlich das große geschichtliche Ziel der Arbeiterklasse nicht aus dem Auge verloren werden dürfe. Auf die Gegensätze, die in der Frage der Taktik der Partei auf dem Parteitage sichtbar waren, übte die gegebene geschichtliche Situation schließlich bestimmenden Einfluß aus. Der vom Parteitag angenommene Antrag zur Koalitionsfrage erklärt die Koalitions-

politik, zu der die Partei unter bestimmten Verhältnissen gezwungen werden kann, nicht als eine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Es wird darin ausgesprochen, das Interesse der Arbeiterklasse erfordert außenpolitisch die Beriedigung Europas, innerpolitisch die Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion. Die Republik wird als der gegebene Boden für den Kampf um das sozialistische Endziel erklärt, und gesagt, die Teilnahme an der Regierung müsse die Durchführung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziele haben. Ein kluges Entgegenkommen an die Anschauungen der Linken ist der Schlusssatz des Antrages, in dem es heißt, die Teilnahme an der Regierung dürfe nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderheit erfolgen. Damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat. Es darf angenommen werden, daß die Stellungnahme der Partei zur Koalitionsfrage, obwohl diese gegenwärtig nicht aktuell ist, künftighin das Entstehen von Gegensätzen verhindern wird. Die Partei konnte sich auf dem Boden der demokratischen Republik, die wohl nicht ihr Ideal ist, aber in der sie durch die Voraussetzung für die Führung ihrer Kämpfe erkennen muß, nicht selber die Hände binden, sie muß positive Politik treiben, was nicht heißen darf, Teilnahme an der Regierung um jeden Preis, sondern nur unter Abwägung aller Umstände, ob der Arbeiterschaft und der Republik mit einer Opposition oder der Mit-

übernahme der Verantwortung im Staate besser gedient ist.

Der Parteitag hat trotz seiner kurzen Dauer tüchtige Arbeit geleistet. Freudig sehen wir unsere deutsche Bruderpartei wieder auf dem Wege des Aufstiegs. Das konnte auch der dem Parteitag vorgelegte Bericht des Parteivorstandes konstatieren und in dem es heißt: „Überall zeigt sich die alte Opferfreudigkeit unserer Parteigenossen und -genossinnen. Unsere Zeitungen, die außerordentlich schwer unter der Inflation gelitten haben, haben sich erholt. Ihre Auflagen steigen von Woche zu Woche, ihre finanziellen Nöte, die uns zeitweise sehr bedrückten, sind behoben. Der Bildungsdrang unserer Parteigenossen tritt wieder sichtbar in Erscheinung, eine Reihe neuer Organe konnten ins Leben gerufen werden, ihre Verbreitung hat sofort alle Erwartungen übertroffen. Zahlreiche neue Organisationen sind gegründet, alte gestiftet worden; in manchen Orten haben wir Mitgliederzahlen, wie wir sie niemals vorher gezählt haben. Die Wahlen zeigten einen Eifer und eine Selbstlosigkeit der Parteigenossen, auf die wir stolz sind. Mißmut und Verbrossenheit sind überall im Weichen. Hoffnungsfreudigkeit und Vertrauen in die Partei soll wieder so lebendig sein, wie in den besten Zeiten unserer kämpferischen Partei.“ Diese Feststellungen werden in den Herzen der Arbeiter aller Länder ein freudiges Echo finden. Auch wir wünschen herzlichst, daß die deutsche Sozialdemokratie bald wieder voll werde, was sie stets war: die große und kampferprobte Avantgarde der internationalen Arbeiterbewegung, die von Sieg zu Sieg schreitet!

Die fortdauernde Koalitionstrife.

Prag, 17. Juni. Die Wandelgänge des Abgeordnetenhauses waren heute erfüllt von verschiedenen Gerüchten, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß die

Koalitionstrife ungeschwächt fortanert.

Man weiß, daß die tschechisch-keritale Volkspartei durch einen Beschluß, der die sofortige Einführung der Agrarzölle verlangt, die Situation neuerlich verschärft. Dies drückt sich auch darin aus, daß das ursprünglich gemeinsame Vorgehen der tschechischen Nationalsozialisten mit den tschechischen Sozialdemokraten durch die laue Haltung der tschechischen Nationalsozialisten einen Durchbruch erfahren hat. Die tschechischen Sozialdemokraten waren in der heutigen Sitzung der Joll-Pétka, die übrigens ergebnislos verlaufen ist, ziemlich isoliert. Unter diesen Umständen ist auch das Schicksal der Session noch ein völlig ungewisses; wenn sich die Koalition nicht einigt, soll das Haus am Freitag keine Tagung beschließen, in anderen Fällen würde es wohl bis Mitte Juli beisammen bleiben.

In der Hausführung wurde der Senatsbeschluß über das

Inkompatibilitätsgesetz

verhandelt. Die Vorlage über die Inkompatibilität wurde vom Senat in zweierlei Hinsicht geändert. Die erste Änderung betraf die Richtung, daß an Stelle des ursprünglichen einheitlichen Inkompatibilitätsausschusses zwei Ausschüsse, einer für das Abgeordnetenhaus, der andere für den Senat eingesetzt wurden. Die zweite Änderung geht dahin, daß das Wahlgericht nicht durch grundlegenden Beschluß des Inkompatibilitätsausschusses gebunden ist, sondern jeden Fall einzeln entscheidet.

Der Berichterstatter Roffel empfahl die Annahme dieser Änderungen.

In der Debatte sprach zunächst der tschechisch-demokratische Abgeordnete Kaska, der sich als unzufrieden an dem Nachwerk eines zweigliedrigen Inkompatibilitätsausschusses bezeichnete.

In kurzer Rede erklärte Abg. Genosse Hadenberg, unsere Partei stimme mit der Abänderung, die der Senat vorgenommen hat, nicht überein, obwohl der Senat die Vorlage so abgeändert hat, wie es von uns feinerzeit im Abgeordnetenhaus beantragt wurde. Wir haben damals aber eine Reihe anderer grundlegender Änderungen beantragt, als deren Folge sich die Einsetzung zweier Ausschüsse von selbst ergab. Wenn das Gesetz unklar ist, so ist es nicht gleichgültig, ob für jedes Haus ein eigener Ausschuss oder ein gemeinsamer Ausschuss besteht. Der Ausschuss wird das Gesetz interpretieren müssen und es kann der Ausschuss des Senates anderer Anschauung sein über die Inkompatibilität, als der des Abgeordnetenhauses. Was den Abschluß des § 12 betrifft, so fürchten auch wir, daß die Mehrheitspartei die Wiederherstellung des Senatsbeschlusses beantragen werden. Schließlich beantragten wir auch noch Änderungen der §§ 10 und 14. Im Prinzip sind wir für das Gesetz, aber nur dann, wenn unsere Änderungsanträge nicht angenommen werden. (Beifall.)

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wurde das Gesetz in der Fassung der Vorlage, wie sie im Senat zur Annahme gelangte, angenommen.

Nach einigen zweiten Lesungen und der Beratung des Gesetzes über die Fortpflanzung der Wirtschaftstiere befaßte sich das Haus mit den

unvermeidlichen

Zummutitätsfällen.

Gleich beim ersten Fall, nämlich der Auslieferung des Abg. Hlinka, kam es zu Lärmereien, die sich im Laufe der weiteren Zummutitätsfälle immer wieder erneuerten. Als der Zummutitätsfall der Viktor Dyl, die Rednertribüne bestieg, ging ein allgemeines „ah!“ und „oh!“ durch die Ränge der Opposition und man hörte auch den Ruf:

„To neni poslanec, to je koktanec!“

(„Das ist kein Abgeordneter, das ist ein Stotterer!“) Als sich immer wieder herausstellte, daß die Mehrheit der Koalition nur wenige Stimmen betrug, bemerkte Schollich: „Das ist keine tragfähige Mehrheit für den dicken Dyl!“

Das Abgeordnetenhaus beschloß noch, die Abgeordneten Darula, Szmunt Schollich nicht auszuliefern, während der Kommunist Tausil wegen Befeldigung des Präsidenten der Republik ausgeliefert wurde.

Daraufhin wurde die Sitzung vom Vizepräsidenten Bukival geschlossen, ein deutscher Abgeordneter meinte laut: „Also gehn wir!“ und wusch leerte sich der Sitzungssaal.

Nächste Sitzung: Morgen, 18. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Gründliche Abrechnung mit den Agrariern.

Seitdem bekannt wurde, daß in diesem Jahre die Bodenreform auch in deutschen Gebieten durchgeführt wird, haben die Landwirte mit einer erhöhten Agitation zum Mitgliederfang für ihre sogenannte „Heimstätte“, d. h. für den Bund der Landwirte, eingesetzt. Bisher waren sie, wie ja schon öfters aufgezeigt wurde, die wütendsten Gegner jeglicher Bodenreform. Noch in der letzten Zeit haben sie gemeinsam mit den übrigen deutschbürgerlichen Parteien bei dem Völkerverbund zum Schutze der Großgrundbesitzer gegen die Bodenenteignung protestiert. Mit ihrer „Heimstätte“ aber versprechen die Landwirte den unwissenden und unangelegentlich kleinstädtischen goldene Berge von der Bodenreform. Damit die Bodenbewerber leichter an Leim gehen, erklären die Landwirte, die „Heimstätte“ sei eine unpolitische Organisation. Unter dieser Vortäuschung haben die Landwirte auch in der Gemeinde Probošitz bei Bilm mehrere sozialdemokratisch organisierte Häuser und Arbeiter in diese Organisation gelockt. Nach eingeholter Erkundung beim Zentralverband der Kleinbauern haben nun diese Heimstättenmitglieder im Verein mit obigem Verband und der sozialdemokratischen Bezirksorganisation in Bilm am vergangenen Sonntag eine Versammlung in Probošitz abgehalten, um die Bodenbewerber über das wahre Wesen der „Heimstätte“ zu informieren. Diese Aufgabe besorgte in sachlicher und objektiver Weise Gen. Schmidt aus Teplitz. Er verwies auf die schlechte wirtschaftliche Lage des Landproletariats und die Anhäufung des Grundbesitzes in den Händen weniger Leute, wodurch es diesen möglich wird, zu Beherrschern des arbeitenden Volkes zu werden. Er behandelte dann ausführlich die tschechisch-österreichische Bodenreform, verwies auf die Stellungnahme aller deutschbürgerlichen Parteien, einschließlich des B. d. L., gegen die Bodenreform, unterzog die Heimstättenorganisation, genannt „Heimstätte“, einer eingehenden Kritik und zeigte auf, daß sie nichts als ein Anhängsel der politischen Partei des B. d. L. sei, nachdem ihr Vermögen laut Statut nach Auflösung der Heimstättenorganisation zufalle. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, sich nicht von Leuten, die die Interessen der Großgrundbesitzer vertreten, irreführen

zu lassen und in einer eigenen Klassenorganisation für ihre wirtschaftlichen Forderungen zu kämpfen.

Der Erfolg war, daß nach den Ausführungen des Genossen Schmidt der Obmann der „Heimstätte“ öffentlich seinen Austritt erklärte. Auch viele andere Landwirte taten dies. Was nun die Herren Bündler „Anführer“, Sekretär Grünés, vor allem aber Lehrer Köhler ausführten, verdient, daß es alle Kleinlandwirte zur dauernden Erinnerung festhalten. Grünés, ein ehemaliger Offizier (wie alle Bündlersekretäre) versuchte vorerst die Sozialdemokraten zu verleumden, indem er behauptete, sie seien für hohe Steuern. Als dies nichts fruchtete und er ausgeschalt wurde, fiel er mit seiner Rede aus dem Konzept, behielt sich aber dann durch neuerliche Beobachtungen. So sagte er unter anderem, daß der sozialdemokratische Senator Heller mehrere Villen besitze. Befragt, wo diese seien, wählte er keine Antwort zu geben. Damit war sein Latein zu Ende. Dann stand Köhler auf und erklärte mit Pfeiffstimme, daß die sozialdemokratischen Führer nur auf Kosten der Partei leben und daher die organisierten hohe Beiträge entrichten müßten. Von den Anwesenden befragt, wer denn die Bündlerführer bezahle, antwortete er, daß alle Bündlerorganisten und Führer von den wirtschaftlichen Organisationen bezahlt werden, daher sei es beim Bund der Landwirte besser, weil die Mitglieder nicht so hohe Beiträge entrichten müssen. Also nur unter Mißbrauch der landwirtschaftlichen Organisationen kann der B. d. L. bestehen. Da die Bündler die „Heimstätte“ ebenfalls für eine wirtschaftliche Organisation ausgeben, so werden höchstwahrscheinlich auch mit diesen Geldern die bündlerischen Offizierssekretäre bezahlt. Wir machen daher alle unsere Genossen, die Mitglieder von landwirtschaftlichen Fachorganisationen irgend welcher Art sind, aufmerksam, daß sie Rücksicht fordern über die Ausgaben, denn es ist nicht zulässig und stellt größten Mißbrauch dieser wirtschaftlichen Organisationen dar, wenn mit Geldern, die nur wirtschaftlichen Zwecken zu dienen haben, die politische Partei des B. d. L. ausgeschalten wird. Herr Köhler erklärte weiter, daß die Tschechen keinen Boden an die Deutschen abgeben werden. Mit Recht antworteten darauf mehrere Versammlungsteilnehmer, daß dann auch eine Heimstättenorganisation nicht notwendig sei.

Im Schlußwort verzogte Genosse Schmidt die sodenscheinige und verkommenste Argumentation der beiden Redner. Das ging den anwesenden Bündlern auf die Nerven. Sie störten den Redner mit fortgesetztem Geschrei und einer von ihnen beschuldigte den anwesenden Genossen Korb, er habe als Mitglied der Requirierungskommission den Bauern Vetrode weggenommen. Diese neuerliche Verleumdung entfesselte einen Entrüstungssturm und selbst der größte Teil der anwesenden Bündler mit dem bündlerischen Gewerkschaftsvorsteher erklärten diese Anschuldigung als Lüge und erbrachten auch sofort den Beweis, daß es die eigenen Klassengenossen, die bündlerischen Requirierungsmacher waren, die den Kleinlandwirten das letzte Korn Getreide nahmen. Zum Schluß erklärte der Landwirt Hille, Sekretär Grünés hätte kein Recht bei den Bauern zu sprechen, da er als ehemaliger Offizier seine Leute mißhandelt und ihn selber (den Landwirt Hille) mit dem Säbel traktiert habe. Also ein gebildeter Sozialdemokrat ist dieser Bauerntrottel! In dem allgemeinen Tumult, der betraut von den Bündlern angezettelt wurde, verschwand Herr Köhler. Den kleinen Landwirten von Probošitz und Umgebung hat diese Versammlung gezeigt, daß die Bündler ihre Interessen nicht nur nicht vertreten, sondern im Gegenteil auf das Äußerste schädigen. Sie werden auch darnach zu handeln wissen und nach wie vor treu zur proletarischen Sache halten.

Die Wiederaufnahme der bei B. E. B. Entlassenen.

In der gestrigen Sitzung des Verkehrs-ausschusses referierte über die Wiederaufnahme der entlassenen Arbeiter der ehemaligen B. E. B. Abg. Marek. Er meinte, daß in der letzten Sitzung des Verkehrs-ausschusses eine Stellungnahme zum Bericht der Regierung nicht möglich war, weil der Vertreter des Eisenbahnministeriums keine Aufklärungen über die Einwendungen der Abg. Grünzner, Kirpal und Ritz geben konnte, weshalb der Gegenstand vertagt werden mußte. Er ersuchte den anwesenden Vertreter des Eisenbahnministeriums, Ministerialrat Dr. Cerny, den Standpunkt des Eisenbahnministeriums darzulegen.

Ministerialrat Dr. Cerny erklärte, daß sich das Eisenbahnministerium einen Bericht über den Stand der Angelegenheit von der Staatsbahndirektion Prag-Rod eingeholt hat. Auf Grund dieses Berichtes ergebe sich, daß von den feinerzeit entlassenen 900 Bediensteten der größte Teil (830 Bedienstete) bereits wieder in den Eisenbahndienst aufgenommen worden sei. Was die Einwendungen des Abgeordneten Grünzner in der Verkehrs-ausschusssitzung anlangt, so erklärte der Vertreter des Eisenbahnministeriums, daß nach den bestehenden Regionalgesetzen vorgegangen werden müsse und infolgedessen in erster Linie Legionäre eingestellt werden, erst in weiterer Folge vom Militär zurückgelehrte ehemalige Bedienstete und dann die feinerzeit unter der Finanzinspektion der B. E. B. entlassenen Bediensteten.

Gegen die Darlegungen des Regierungsvertreters wendet sich Genosse Grünzner. Er erklärt, daß die vom Eisenbahnministerium bekanntgegebenen Ziffern über die bereits erfolgten Wiederaufnahmen in den Dienst nicht richtig seien, und daß er diesen absolut keinen Glauben schenken könne. Es wartet noch eine große Anzahl von Bediensteten auf die Wiederaufnahme. Die Bahnverwaltung gebe auch bei der Wiederaufnahme nicht nach den bestehenden Vorschriften vor und verlange bei der Aufnahme den Nachweis der Kenntnis der Dienstsprache. Dies stehe im Widerspruch mit den bestehenden Vorschriften, wobei er darauf verweist, daß der im Februar 1923 vom Eisenbahnministerium herausgegebene Sprachenerlaß für die beiden verstaatlichten Privatbahnen A. T. E. und B. E. B. über die Kenntnis der Dienstsprache bis zum 31. Mai 1925 erstreckt wurde. Die Bahnverwaltung habe daher noch kein Recht, von den Wiederaufzunehmenden entlassenen ehemaligen Bediensteten den Nachweis der Kenntnis der Dienstsprache zu verlangen und sie bei ihrer Unkenntnis nicht aufzunehmen.

Der Regierungsvertreter Dr. Cerny erklärt hierauf, daß dem Eisenbahnministerium alle konträren Fälle vorgelegt werden mögen, damit dieses in die Lage komme, die Ueberprüfung vorzunehmen. In diesem Sinne wurde auch ein Beschluß gefaßt.

Die versprochene Verbilligungaktion.

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Ernährungsausschusses des Abgeordnetenhauses stand die Regierungsverordnung vom März 1921 über die Verbilligung von Kartoffeln in der Industrie, welche eine Regierungsverordnung, durch die der Zudeckpreis für die Kampagne 1924/25 festgesetzt wird. Außerdem war dem Ernährungsausschuß der vom Klub der deutschen Sozialdemokraten bei der Beratung des Budgets gestellte und vom Hause angenommene Resolutionsantrag zugewiesen worden, der unter anderem verlangt, daß die Regierung im Zuge der

Die kleine Lotte. (20)

Von Simone Bobbde.

Übersetzt von Dr. Anna Ruzbaum, Copyright des Intercontinental Verlag „Renaissance“, Wien.

„Lass uns wenigstens in Ruhe. Nimm uns nicht, was wir verdienen.“

Der Mann zuckt die Achseln: „Ich ziehe es vor, dir nicht zu antworten.“

Bist ja doch nur ein kleines Mädel.“

Und er geht, wirft die Tür hinter sich ins Schloß. Am Samstag empfängt Charlotte die Arbeiterinnen. Sie hat nicht immer Geld, sie zu zahlen. Es ist beschämend und traurig für sie. Viele von diesen Frauen sind sehr arm, warten auf den Lohn. Sie vertröstet sie auf Montag. Eine besonders bringt sie aus der Fassung. Sie ist ganz jung, hat ein großes Bündel von einem Säugling auf dem Arm, der elend aussieht. Sie wendet kein Auge von ihm, ganz Bewunderung und Zärtlichkeit. Mutter sagt: eine widerliche Person. Nicht verheiratet und schon ein Kind — in dem Alter! Charlotte ist auch dieser Meinung. Aber trotzdem muß sie dankbar lächeln wie die kleine Arbeiterin ihr aus der Verlegenheit hilft: „Montag — gewiß, Fräulein — auf Montag also. Das macht nichts. Samstag bekommt der Reinige seinen Lohn.“

Der bringt ihr also seinen Lohn. Mutter und Tochter müssen Charles nachlaufen, um Geld zu erhalten. Er sitzt in der Rue Saint Apolline bei Porcher mit anderen Reisenden. Da ist der alte Fusot mit den grauen Haaren und dem roten Schnurrbart, blutunterlaufenen Augen. Hänge-Lippen, greisenhaft-zitternden Händen. Seine Frau hat Charlotte einmal zufällig gesehen. Eine wandelnde Ruine. Die Tochter ist eben mit einem Laugenschüssel von Liebhaber davongelaufen. sagt der Alte, droht, sie zu finden und die Flüchtlinge mit Fuhrtritten heimzubefördern. Ramek, Holz-händler und Buchmacher und seine Frau, ehema-

lige Köchin, die er geheiratet hat, als sie ihren Herrn beerbt. Loupel, der Foderhändler, der immer vor Trunkenheit schwankt. Seine Frau kommt ihn lachend holen. Ein Mordweib, die Brüste tanzen unter der blauen oder rosa Jacke. Sie hat wunderwolltes, mahagonifarbenes Haar, das einer Döppefa würdig wäre. Andere sind noch da. Sie sind betrunken, schreien. Alle trinken sie Whisky, mit Ausnahme des schönen Sektor und Robert. Dieser gibt vor, nur die Frauen zu lieben. Ein lauterhafter, anrühriger, zerrütteter, widerwärtiger Kerl, früher Offizier, jetzt einer häßlichen Sache wegen aus dem Heer hinausgeworfen. Die beiden letzteren hassen einander.

Alle sprechen. Mit dem jungen Mädchen sind sie liebendwürdig. Sie antwortete ihnen kaum, plaudert nur ein wenig mit Sektor Lebour, der immer im Spiel verliert. Dann zahlt er, zieht sich zurück. Er ist fünfundsiebzig Jahre alt, mit schwarzem Bart und Haar, in das sich schon einige Silberfäden mischen. Er ist Reisender und stiller Kompagnon eines der ersten Exportgeschäfte am Plage. Er spricht nur selten von seiner Frau. Sie ist liebend. Aber mit offensichtlichen Vergnügen von seinen beiden Söhnen. Der eine ist auf der Normalschule, der andere auf der Polytechnik. Er hat ein höfliches und sanftes Benehmen. In seiner Jugend ist er viel gereist, erinnert sich noch weiß anregend zu erzählen. Charlotte hört ihm zu, kämpft mit sich, da sie ihn angenehm findet. Weiß sie doch, daß er mit Madame Porcher schlimme Dinge treibt. Es begegnet ihnen, daß sie beide zugleich die Frau ansehen. Man sagt, daß das Verhältnis fünfzehn Jahre dauerte, daß er sie noch sehr liebe, obgleich er ihren außer-ehelichen Vertrag durch mehr als einen Taschenspielertrick verlegt habe. Die Porcher haben vor zehn Jahren ein kleines Mädchen verloren, das seine Mutter anbetete. Sektor gilt als der Vater. Schließlich erzählt man noch, daß er kürzlich seinen alten Freund von dem Bankrott demohrt habe.

Madame Porcher, trotz ihrer vierzig Jahre noch immer eine schöne Frau, groß, blond, elegant und fein, immer liebenswürdig, bedient die Gäste. Ein trauriges Lächeln lebt erstoren in den Mundwinkeln. Ihr Gatte, ein dicker, blasser, aufgeschwemmter Kerl, die Hemdärmel an den behaarten Armen hinaufgeschlagen, ruft ihr alle Augenblicke zu, indem er die Gläser ausfüllt:

„Beil dich! So beil dich doch, dumme Gans!“

„Ja Glück hat sie gehabt“, sagt Mutter, von der Charlotte diese ganze Geschichte weiß. Wie es einem braven Jungen, der Geld hatte, nur einfallen konnte, sie in der Provinz ausfindig zu machen! Hüßlich war sie ja und gut erzogen, aber ohne Mitgift, tief Gefahr, sitzen zu bleiben. Er brachte sie nach Paris in das Geschäft, das immer voll von Leuten war, Tag und Nacht, besonders an Sonntagen. Wie sie groß tat! Von oben herab behandelte sie den armen Kerl, der sie anbetete! Die hochnäsige Person! So sind die Männer: lieben immer nur die Frauen, die nichts taugen.

„Da sie doch selbst nichts wert sind“, sagt Lotte mit vager Handbewegung, als wollte sie ausdrücken, daß dies natürlich und gleichgültig sei.

Die Stidel erscheint auch mit ihrer Freundin, Madame Ramek, um sich zu zerstreuen. Die Witwenhaft verhöht sie. Oder steht ihr Schwarz so gut? Sie ruft ihn, er antwortet nachlässig von seinem Plage aus.

„Aber so kommen Sie doch her, Sie sind gar nicht nett. Die Herren hören zu spielen auf, können Sie nicht Ihre Träumerei lassen?“ Schließlich erhebt er sich. Will nicht unhöflich sein. Madame Porcher sieht ihn starr an, ihr Gesicht verzerrt zu einer kleinen Grimasse: ironisch, verächtlich, anmutig-schmollend. Die Stidel schmächtet. Behauptet, von der Ehe „genug“ zu haben, feuert, die Augen himmelwärts gerichtet:

„Die Frauen können Zärtlichkeit nicht erbehen.“

Lise geht auf ihren Mann zu, zieht ihn am Rockärmel. Wird angefahren, kehrt an ihren Platz zurück. Da sagt Lotte mit harter, trodener Stimme:

„Vater, das Geld. Ich hab es satt, hier zu sitzen, hörst du!“

Der Vater gibt, was er noch hat: „Gewiß, meine Liebe.“

In solchen Augenblicken bemundert und haßt Lise ihre Tochter.

Sind die zwei Frauen fort, spricht man von der Kleinen.

„Verteufelt hüßlich wird sie, Alter, aber du tust unrecht, ihr nicht tüchtig den Kopf zu waschen.“

Charles wirft sich stolz in die Brust. Die Mutter war auch so, als er sie nahm. Aber die Tochter ist noch dazu gescheit. Sie war sehr krank, man muß ihr vieles nachsehen. Er glaubt immer mehr, eine außergewöhnliche Leidenschaft für Lise empfunden zu haben. Niemand vor ihm hat je so geliebt. Er hat kein Leben verpfichtet. Die Stidel kneift die Lippen zusammen:

„Man kann sich's von neuem einrichten.“

Ein zärtlicher Blick, ein zweideutiges Lächeln unterstreichen das Befragte.

Die Stidel hat ihren Prozeß noch nicht gewonnen, als eine Skandalgeschichte allgemeiner Gesprächsstoff wird. Der schöne Sektor hat sich ihre wegen mit Robert duelliert. Der letztere war der Beleidigte. Er hat keinen Gegner beim ersten Gang getötet.

Charlotte hört zu, wie die Mutter ihre Sache erzählt. Staunt, daß sie sich fast darüber freut. Obgleich es nicht der gewöhnliche Tag ist, gehen sie Vater holen. Lise will es.

(Fortsetzung folgt.)

versprochenen Verbilligungssaktion auf genügende Einfuhrmöglichkeit durch Öffnung der Grenzen Bedacht nehmen soll und Konsumentenkommissionen schaffe.

Ueber diesen Resolutionsantrag referierte die Abg. Jemin, welche beantragte, daß der Ernährungsausschuß den Antrag in zustimmendem Sinne an das Ernährungsministerium weiterleite. Dagegen erhoben die tschechischen Agrarier Einspruch. Sie meinten, daß eine so wichtige Frage wie die Öffnung der Grenzen, nicht in einem allgemeinen Vorschloß dem Ministerium empfohlen werden kann. An der Debatte beteiligte sich auch Genosse Fischer. Er verwies darauf, daß der Ernährungsausschuß vor allem die Pflicht habe, darauf zu drängen, daß die Regierung ihr Versprechen einlöse und den Kampf gegen die Teuerung energisch führe. Die Festsetzung der Zuckerpriese durch die Regierung beweist, daß dieses Versprechen nicht eingehalten wird, denn es werden den Zuckersfabriken auf Kosten der Verbraucher ganz unbegründete hohe Preise bewilligt. Unser Antrag ist vom Plenum des Hauses beschlossen worden und es ist notwendig, daß der Ernährungsausschuß sich eingehend mit den einzelnen Fragen beschäftigt und konkrete Vorschläge dem Ernährungsministerium unterbreite.

Die Referentin zog hierauf den von ihr gestellten Antrag zurück und schloß sich dem Verlangen der Agrarmitglieder der Koalition an, daß der Resolutionsantrag dem im Dezember eingeführten Subkomitee zur weiteren Verhandlung überwiesen werde.

Ein Schilddrüsenstückchen der Staatsbahndirektion.

Die Kaschau-Oderberger Eisenbahn steht unter der Verwaltung der Staatsbahndirektion. Die Schnellzüge, die von Oberg in die Slowakei fahren, halten vorchriftsmäßig in der Station Jablunka in Schien, weil sie dort Wasser nehmen müssen, und während dieses Aufenthaltes dürfen Reisende sowohl ein- als aussteigen.

Die Schnellzüge nun, die aus der Slowakei nach Oberg respektive Prag, Berlin, Warschau fahren, müssen ebenfalls aus verkehrstechnischen Gründen in Jablunka zum Zwecke der Wasserentnahme vorchriftsmäßig fünf Minuten halten. Das Aus- und Einsteigen ist jedoch verboten. Die Schnellzugreisenden aus der Slowakei müssen bis Teschen fahren, in Teschen auf den nächsten Personen- oder Schnellzug warten und wieder zurück nach Jablunka fahren.

Unlängst ist es einem Staatsbahnrat aus Prag passiert, daß er trotz seiner Legitimation in Jablunka nicht aussteigen durfte.

Wie erklärt sich dieses Schilddrüsenstückchen? Vor dem 1. Juni hielten die aus der Slowakei kommenden Schnellzüge nicht in Jablunka, sondern nahmen das Wasser in der Station vor dem Jablunkauer Tunnel in Mositz. Nun halten diese Züge in Jablunka und nehmen aus fahrtechnischen Gründen dort Wasser. Die Abteilung, die die Fahrpläne ausarbeitet, weiß scheinbar nichts von dieser fahrtechnischen Aenderung, und solange diese Abteilung das Aus- und Einsteigen nicht erlaubt, dürfen die Passagiere in Jablunka weder aus- noch einsteigen, trotzdem jeder Schnellzug fünf Minuten in Jablunka hält. Warum, fragt jeder Reisende, darf man in die Schnellzüge in der Richtung nach der Slowakei einsteigen, nach Oberg aber nicht? — Auf diese Frage wird die Staatsbahndirektion die Antwort schuldig bleiben.

Die tschechischen Merkmalen für Getreidezölle. Der Vollzugsausschuß der tschechoslowakischen Volkspartei hielt Montag in Prag eine Sitzung ab, welche in erster Linie der Zollfrage gewidmet war. Der Vollzugsausschuß erklärte sich nach längerer Debatte prinzipiell für die Einführung von Schutzzöllen für jene landwirtschaftlichen Produkte, die bisher einen Zollsatz nicht gesehen und sprach sich andererseits für die Herabsetzung der Industriezölle in allen jenen Belangen aus, wo diese Sätze mit Rücksicht auf die herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse unverhältnismäßig hoch gegriffen erscheinen. Da diese Maßnahmen bei nicht entsprechender Durchführung und bei Nichtanwendung der gebotenen Sorgfalt wirtschaftliche Erschütterungen für das Staatsganze auslösen könnten, werden die maßgebenden Faktoren in dem Parabelschluß, aufgefordert, die Zollkoeffizienten in geeigneter Weise der überhöhten Regulierung, zuzuführen, damit der Übergang zu den neuen Zollverhältnissen ohne schwere wirtschaftliche Nachwirkungen vollzogen werden könne.

Das Prekazeß wird vom Präsidenten der Republik zu Beginn dieser Woche unterschrieben werden. Gleichzeitig wird eine Durchführungsverordnung und ein besonderer Erlaß des Justizministeriums an die untergeordneten Gerichte und Behörden herausgegeben werden.

Devisenkurse.

Prager Kurie am 17. Juni.

	Geld	Kurs
100 holl. Gulden . . .	1276.00	1.282.00
1 Billion Mar.	812.50	8.275.00
100 belg. Franks . . .	192.25.00	193.75.00
100 schwed. Kronen . .	62.25.00	63.50.01
100 ungar. Kronen . . .	14.80.00	14.80.00
1 Pfund Sterling . . .	148.87.00	150.37.50
1 Lire	34.0.00	34.10.00
1 Dollar	187.00.00	188.50.00
100 franz. Franks . . .	40.50.00	41.00.00
1000 magar. Kronen . .	3.77.50	4.27.50
1.000.000 poln. Marz .	6.62.00	6.68.00
10.000 österr. Kronen .	4.74.50	4.94.50

Die Stimme des offiziellen Frankreichs:

Daumergue: „Präzise Tats, keineswegs bloße Verprechungen“.

Herriot: „Frankreich muß der soziale Friede gegeben werden“.

Paris, 17. Juni. Der heutigen Kammerführung wohnten fast alle Abgeordneten bei. Die Galerien sind dicht besetzt. Die Vorkchaft des Präsidenten, die Herriot verlas, wurde aufmerksam angehört und fand fast allgemeinen und lauten Beifall der Kammer, ausgenommen die Kommunisten, die sich reserviert verhielten. Die Stellen über das Verhalten Frankreichs zu Deutschland wurden besonders aufmerksam. Der Eindruck der heutigen Sitzung war ein ruhiger. Die Opposition bereitete den Rednern keine Schwierigkeiten. Als Herriot sich anschickte, die Regierungserklärung zu verlesen, ertönte auf der Linken neuerlicher Beifall, so daß Herriot durch eine Handbewegung abzuwehren mußte, doch als er bei der Stelle anlangte, worüber die Vorkchaft beim Vatikan die Rede ist, brach die Linke neuerlich in Bravorufe aus. Von der Rechten und vom Zentrum her ertönte der Ruf: „Ihr arbeitet für die Vorkchaft!“ Vorkchaftsäußerungen von der einen und Jurese von der anderen Seite ertönen an verschiedenen Stellen der Regierungserklärung, so z. B. beim Amnestieproblem, Eintreten Deutschlands in den Vorkbünd und ufo. Als Herriot von der Rednertribüne herabsieg, wurde er von der Linken applaudiert. Er erklärt auf die Frage des Vorsitzenden, daß die Regierung für die Diskussion der Interpellation sofort bereit sei.

Daumergues Vorkchaft

lautet: Ich werde trachten, ein unparteiischer Schiedsrichter über den Parteien zu bleiben. Ich erinnere daran, daß Frankreich kürzlich einen glänzenden und entscheidenden Beweis seiner tiefen Anhänglichkeit zu den demokratischen Institutionen gegeben hat, die ihm geholfen haben, siegreich dem neuen Angriff Widerstand zu leisten, seine geliebten verlorenen Provinzen wiederzugewinnen und sich von den Folgen des Krieges zu erholen. Die Trümmer, die der Krieg in Frankreich zurückgelassen hat, können nur in Ruhe, Frieden und Ordnung restauriert werden. Dann wird sich auch Industrie, Handel und Landwirtschaft entfalten können. Die Finanzlage wird wieder gefunden und geduldet.

Viele der aktuellen Fragen könnten leicht gelöst werden, wenn man in der Welt die reine Atmosphäre des Friedens atmen könnte. Frankreich aber hat keine Schuld daran, denn es hat keine gefährlichen Ambitionen, es verlangt bloß Bezahlung der Reparationen, die feierlich versprochen wurden, und es verlangt effektive Garantien.

Was die Reparationsfrage betrifft, scheint es, daß wir uns, seitdem sich Frankreich in konzilianter Weise bereitwillig den Sachverständigenrat angeschlossen hat, einer baldigen Lösung nähern. Es wird aber notwendig sein, daß der Schuldner guten Willen zeige, ebenso wie der Gläubiger und daß dieser Beweis in präzisen Tats und keineswegs in bloßen Versprechungen ohne Sicherung für die Zukunft bestehe. Der unstreitig aufrichtige und verständliche Geist Frankreichs kann nicht so weit gehen, daß die Vorsicht eingeschläfert und die Lehren der Vergangenheit vergessen werden. Ebenso kann Frankreich nicht auf seine eigenen Kräfte und Rechte verzichten, die ihm der Vertrag gegenüber dem Besiegten gegeben hat, wenn es sich zeigen würde, daß der Besiegte Nebandange vorbereitet, anstatt die Versprechen einzuhalten, die das Parlament eines Landes gutgeheßen hat, das den auswärtigen Frieden wünscht.

Die Regierungserklärung Herriots

beginnt mit den Worten:

Die Regierung, die sich Ihnen vorstellt, hat die Pflicht, den von der Wählerchaft am 11. Mai zum Ausdruck gebrachten Willen in die Tat umzusetzen. Nach den normalen Gesetzen des parlamentarischen Lebens wird sie für das Wohl der ganzen Nation arbeiten, aber im Rahmen der Doktrin, der sie treu zu bleiben geduldet und die sie genau festlegen möchte. Sie wird ihr Programm klar zum Ausdruck bringen, selbst auf die Gefahr einer gewissen Länge hin, damit jeder von Ihnen weiß, ob er die Regierung unterstützen kann oder gegen sie stimmen soll.

Im Innern wie nach außen hat die Regierung nur ein Ziel vor Augen, nämlich

Frankreich in der Arbeit und durch den Fortschritt den Frieden zu geben, den es so sehr verdient, und zwar zunächst den moralischen Frieden.

Wir sind zwar entschlossen, keine Vorkchaft im Vatikan aufrecht zu erhalten und die Gesetze über die geistigen Orden durchzuführen, aber dies alles geschieht in keiner Weise aus dem Gedanken der Verfolgung und der Intoleranz heraus. Wir wollen nur die Souveränität der republikanischen Gesetzgebung und die notwendige Scheidung zwischen dem Gebiete des Glaubens und dem der öffentlichen Arbeit sichern. Der Gedanke des Potentums, wie wir ihn auffassen, scheint uns auch eine Gewähr für die nationale Einheit und Brüderlichkeit.

In der Erklärung kündigt die Regierung an, daß sie noch heute einen

großen Amnestieentwurf

einbringen wird, der nur Vaterlandsverräter und fahnenflüchtige ausschließt und die Wiedereinstellung der beim Streife im Jahre 1920 entlassenen Eisenbahnarbeiter in

gung soll unverzüglich aufgehoben werden. Die Regierungserklärung streift dann die Zentralisation der Verwaltung, das Gewerkschaftsrecht der Beamten, die Wiedereinführung der Arrondissementwahlen mit gewissen Verbesserungen und die endgültige geographische Vereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich.

Die Erklärung kündigt ferner die Aufhebung des Generallotteriemonopols sowie die Bekämpfung der Mißbräuche im ehemaligen Kampfabiete an. Nichtsdestoweniger soll aber das Werk der französischen Solidarität weiter durchgeführt werden.

Die Erklärung geht dann auf das innerpolitische Gebiet über und verspricht die Aufrechterhaltung des Achtstundentages.

Weiter wünscht die Regierung die baldige Ratifizierung der Washingtoner und Genfer Arbeitskonvention und die Erweiterung des Frauen-, Kinder- und Mutterschutzes. Die Industrieproduktion soll mit allen Mitteln entwickelt werden. Das Gleiche gilt für die Landwirtschaft und die Ausfuhr. Die Staatsindustrie sei zu modernisieren, aber nicht zu beschränken. Der Wert des französischen Kolonialrechtes soll voll erschlossen werden.

Die Hauptträger der Produktion, die Arbeiter und Bauern hätten ein Recht auf Schutz im Alter oder im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Aber dies sei nicht möglich, ohne eine Entwicklung des Unterrichtes, der vom Einfluß des elterlichen Vermögens freige macht wird.

Das ganze Programm der Regierung läßt sich ohne eine strenge Finanzgebarung nicht verwirklichen. Die Regierung wird ein wackelnder Hüter des französischen Kredites sein. Sie wird zunächst eine genaue Gesamtübersicht über die finanzielle Lage anstellen. Diese Inventur muß dem Budget vorausgehen, das von der demokratischen Regierung vorgeschlagen werden wird. Die Regierung wird für das Gleichgewicht im Budget eintreten. Die Einkommensteuer soll durch strenge Kontrolle zur Grundlage einer wahrhaft demokratischen Finanzgebarung gemacht werden. Beim nächsten Budget wird die Regierung durch Neuordnung der direkten Steuern die Ausgleichung anstreben, die durch die Herabsetzung der Verbrauchs- und insbesondere der Umsatzsteuer geschehen wird. Sie wird sich bemühen, die schwebende Schuld im geeigneten Zeitpunkt durch Auflegung einer konsolidierten Anleihe zu verringern.

Die Regierung wird zur Reorganisation der Armee gemäß den im Kriege gemachten Erfahrungen und den Bedürfnissen des Landes schreiten. Sie wird die aktive Militärdienstpflicht herabsetzen, aber nur soweit, daß Frankreich dadurch keinen Augenblick wehrlos gemacht oder geschwächt wird.

Frankreich lehnt jeden Gedanken an Annexionen und Eroberungen ab, es wird bloß auf die Sicherheit seiner Ehre und seiner Unabhängigkeit bedacht sein.

Frankreich wünscht nur den Frieden für sich und für die übrigen Nationen. Die demokratische Regierung wird die Rechte Frankreichs so wie sie in den Verträgen festgelegt sind, hartnäckig verteidigen. Die Regierung erklärt:

Wir haben ein Recht auf Reparationen, welche wir im Namen der Gerechtigkeit fordern. Wir wünschen eine neue internationale Ordnung und wir wünschen, daß sie nicht auf Unrecht aufgebaut sei. Es wird von Deutschland alles abhängen, ob es in den Vorkbünd aufgenommen wird. Dies wird der Fall sein, sobald Deutschland sich den Bestimmungen des Vertrages unterwirft, die sich mit den Reparationen und den Garantien für unsere Sicherheit befassen. Trotzdem dies ein schmerzlicher Akt ist, so scheint uns dennoch mit Rücksicht auf den Stand der Dinge in Deutschland die Politik der Ostpolitik und der territorialen Garantie notwendig. Es ist unerlässlich, nicht nur Frankreich, sondern auch alle übrigen Nationen vor der Möglichkeit einer Rückkehr des aggressiven nationalstischen Pangermanismus zu schützen, und wir glauben, daß eine

Räumung des Ruhrgebietes solange nicht möglich ist, als nicht die von den Sachverständigen vorgeschriebenen Sicherheiten gegeben und solange nicht die entsprechenden Garantien für ihre ehrlische und wirksame Durchführung in den Händen international qualifizierter Körperschaften sind. Ferner betrachten wir im Interesse des Friedens als unerlässlich, daß die Kontrolle der deutschen Abrüstung von allen Alliierten durchgeführt wird und daß sie cheftens in die Vollzugsgewalt des Vorkbündes übergeht.

Frankreich wird allen Nationen das Muster eines Führers zu einem aufrichtigen und dauernden Frieden sein. Wir werden in allen Nationen den demokratischen Geist unterstützen und stärken und alles tun, was in unseren Kräften steht, um den Vorkbünd und alle internationalen Institutionen, die der gegenseitigen Information, Annäherung und Verständigung dienen, zu stärken. Wir werden eine Politik direkter Handelsverträge fördern, wir werden die Länder, welche uns mit unsrer nahtierten Freunden verbinden, festigen und ihnen beweisen, daß Frankreich den Frieden und lokale Beziehungen wünscht.

Frankreich, welches keinen Reid kennt und welches sich auf die Gerechtigkeit stützt, wird denen gegenüber keine Schwäche zeigen, die in Deutschland nicht aufhören, die Verträge zu vergewaltigen und den Revanchegedanken die Hoffnungen auf die Wiedererrichtung der Monarchie zu erhalten.

Wir wünschen zu sehen, daß die Demokratie in Deutschland sich festigt, wir sind von nun an mit einem humanen Vorgehen einverstanden, wir beabsichtigen, eine definitive Amnestie zu erteilen, Strafen zu erlassen, den Ausgewiesenen die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen und wir werden die Art und Weise erwägen, in der dies durchgeführt werden kann. Diese unsere Maßnahmen zeigen, daß im Falle die deutsche Regierung die zur lokalen Durchführung des Sachverständigenberichtes notwendigen Arbeiten beschleunigt, die französische Regierung mit der gleichen Bereitwilligkeit den ehrlischen Willen Deutschlands beantwortet wird. Tragische Ereignisse und die Verschiedenheit unserer politischen Ansichten trennen uns von der Postlauer Regierung. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß das russische Volk lange mit uns gemeinsam auf den Schlachtfeldern gekämpft hat. Wir bereiten schon jetzt die Rückkehr zu normalen Beziehungen mit Rußland unter den Bedingungen vor, welche uns die Rückkehr auf die Verträge anferlegt, und bevor wir eine Verbindlichkeit einachen, durch die die französischen Interessen gewahrt werden sollen, müssen wir gewisse Maßnahmen treffen, um gewisse Informationen erlangen, die wir schon jetzt uns zu verschaffen beginnen.

Die Debatte:

Nachdem Leon Blum im Namen der Sozialisten erklärt hatte, daß diese die eingebrachten Interpellationen zurückziehen, und daß sie im geeigneten Augenblicke ihr Votum auf der Tribüne zu erläutern gedenken, wird das Wort dem Kommunisten Marcel Cachin erteilt, der zu der Frage der Anerkennung Sowjetrußlands angemeldet war. Er verbreitete sich aber eher über die Regierungserklärung im allgemeinen und unterzog sie einer Kritik im Sinne der kommunistischen Forderungen. Cachin stellt an den Ministerpräsidenten die Aufgabe, ob er das Amnestieproblem an die Spitze der Tagesordnung stellen würde. Herriot gibt mit dem Kopf ein Zeichen der Bejahung. Cachin bespricht sodann verschiedene innen- und außenpolitische Probleme. Als Cachin mit der Verlesung einer Rede Jaures über die Einigung der Sozialisten zwecks Verhinderung eines Krieges schließt, ertönen von den Banken der Sozialisten Protestrufe, weil er die Worte des Sozialistenführers entstellte.

Sodann ergreift der Vertreter der republikanischen Union Abg. Rollin das Wort zur allgemeinen Politik. Er versichert, daß seine Partei den Wahlsieg der Linken nicht in Abrede stellen wolle. Er verlangt Aufklärungen zur Amnestiefrage, bezüglich der Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner und zu anderen Beamtenfragen. — Die Sitzung wird hierauf für kurze Zeit unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung spricht der Abgeordnete des Departements Niederrhein Oberkirch, der auf die verschiedenen Absichten Deutschlands aufmerksam macht, so z. B., daß es sich seinen Verpflichtungen entziehen wolle und daß es auf eine Wiederaufrichtung der Monarchie hinarbeite.

Es ergreift hierauf Louis Dubois das Wort zur Reparationsfrage. Er erklärt u. a. die Regierung Poincaré hätte durch die Ruhrbesetzung mehr erzielen können, wenn sie unterstützt worden wäre. Auf den alliierten Konferenzen wurde von Frankreich immer Nachgiebigkeit verlangt. Redner wird von Briand unterbrochen. Dieser meint, man müsse das Problem mit Objektivität behandeln. Die öffentliche Meinung habe oft phantastische Vorstellungen von dem Reparationsproblem. Dubois macht auf die Bestimmungen des Expertenplanes aufmerksam, welche die Befugnisse der Reparationskommission schmälern könnten und die dem Verfasser Verträge nicht entsprächen. Redner meint, daß die im Expertenplan von Frankreich geforderte Konzession nur durch Konzessionen in der Frage der Alliierten-Schulden gelöst werden könne. Diese Frage wäre anlässlich der Londoner Konferenz des Ministerpräsidenten zu regeln.

Durch Handaufheben wird die Sitzung auf Donnerstag verlegt.

Die Suche nach Matteottis Mörder.

Rom, 17. Juni. Der Direktor des „Corriere d'Italia“ Filippelli ist gestern in Neapel verhaftet worden. Er war dort im Automobil im Hotel „Eden“ angekommen, hatte dieses aber verlassen, als er sich erkannt sah und war mit einem Motorboot auf das Meer hinausgefahren. Einige Motorboote verfolgten ihn und erreichten ihn, worauf er sich ohne Gegenwehr ergab. „Messaggero“ hält daran fest, daß auch gegen Cesare Rossi ein Haftbefehl ergangen sei. Der Aufenthalt Rossis sei jedoch unbekannt. Der Chauffeur Filippelli gab an, daß er das Automobil im Sinne der erhaltenen Befehle zunächst von der Garage

ins Ministerium des Innern geführt habe, wo Dumeni das Auto bestieg. Es fuhr dann auf der Piazza Santa Ignazia, wo Dumeni den Chauffeur entließ.

Nach einer Meldung aus Turin soll der bisherige Staatssekretär Ruzi dort gesehen worden sein. „Corriere d'Italia“ dagegen berichtet, daß Ruzi gestern eine einstündige Unterredung mit Mussolini in dessen Wohnung gehabt hat. Mussolini habe ihm nahegelegt, um eine Unterbrechung seiner privaten und politischen Verbindung durch die Mehrheitsparteien anzustreben.

Der Direktor des „Il tempo“ verhaftet.

Rom, 17. Juni. (Stefani.) Die Polizei hat in Rom den Direktor des Blattes „Il tempo“ Dr. Naldi verhaftet, der im Verdachte steht, die Flucht des Advokaten Filippello begünstigt zu haben. Filippello ist in Genua verhaftet worden. Colini, der Chauffeur des Advokaten Filippello, welcher am 9. Juni das Automobil gemietet hatte, in dem Matteotti weggeschafft worden war, stellte sich in Rom der Polizei. Ferner hat die Polizei in Lecce Albino Volpi, der als Urheber des Entführungsplanes gilt, verhaftet.

Dumini hat 12 Morde auf dem Gewissen.

Rom, 17. Juni. Die faschistische Parteileitung wurde angesichts der Ereignisse zu einem provisorischen Direktorium von 10 Mitgliedern erweitert. Die Mäntel berichten aus Mailand, daß Dumini kürzlich vor Augenzeugen, die ihn aufforderten, seine terroristische Tätigkeit einzustellen, behauptet habe: „Ich habe 11 oder 12 Morde auf dem Gewissen; ich bin gebunden und ganz in der Macht derer, für die ich gearbeitet habe. Mir bleibt nichts übrig, als auf meinem Wege fortzufahren. Würde ich mich weigern, so hätte ich keine andere Wahl, als entweder Hungers zu sterben oder umgebracht zu werden.“

Der Benzintorruptionsring.

Der Angeklagte Oberst Adam als Ankläger.

Prag, 17. Juni. Der zweite Verhandlungstag im Divisionsgericht brachte zunächst am Vormittag die Beendigung des Verhörs mit Voubela. Großen Eindruck machte die am Nachmittag erfolgte Einvernahme des Obersten des Justizdienstes, Adam, der in demselben Raum, in dem er oft Verhandlungen präsiidiert hatte, nun als Angeklagter da stand. Eine Aufforderung des Vorsitzenden, Platz zu nehmen, lehnte er mit eifriger Ruhe ab und begann dann unter lautlosem Schweigen des Gerichtshofes und unter großer Spannung des etwas zahlreicher erschienenen Publikums mit marianer, stellenweise schreiender Stimme geradezu eine Verteidigungsrede. Der Vorsitzende ließ ihm völlig freien Lauf und unterbrach ihn nur einmal, als sich Oberst Adam anscheinend ganz als Vorgesetzter fühlte und den Militäraprokurator gehörig abkanzlete, daß er auf die bloße Aussage Rejedly hin, von dessen Glaubwürdigkeit er sich durch Einsicht in dessen langes Strafregister hätte überzeugen können, ihn auch der gefährlichen Drohung anklage, obwohl sich Rejedly niemand gegenüber gehöhrt habe, daß er sich bedroht fühle. Der Herr Prokurator hatte heute überhaupt einen unglücklichen Tag, da er auch vormittag in Wortgefechten mit der Verteidigung gewöhnlich den Kürzeren zog und auch einen Ordnungsruf des Vorsitzenden quittieren mußte.

Stabskapitän Voubela stellt es zunächst entschieden in Abrede, jemals irgendwelche Geldbeträge erhalten zu haben, und befaßte sich dann in ausführlicher Rede mit dem Einlageungsvertrag, den die Firma Naphthalpol mit dem Ministerium abgeschlossen habe und der ein Reiserwert des Kapitäns Stuttwasser gewesen sei, da er dem Ministerium sichere Benzindepots ohne jegliche Investitionen verschaffe und der Vertrag nur einseitig die Naphthalpol, nicht aber das Ministerium verpflichte habe. In einer detaillierten Schilderung seiner Preisalkulation suchte er nachzuweisen, daß die Einlagerungsgebühren sehr mäßig waren. Die Naphthalpol hätte jedenfalls damit gerechnet, mit dem eingelagerten Benzin spekulieren zu können, denn anders hätte sie nicht auf ihre Rechnung kommen können. Etwas, mit dem er in korrekter gesellschaftlichen Beziehungen stand, hätte ihn gebeten, wenn es ihm möglich sei, im Rahmen seiner Pflichten dieses tschechische Unternehmen zu unterstützen, doch sei von einer Belohnung hierfür nicht die Rede gewesen, denn Etwas müsse ganz genau gewußt haben, daß er mit Voubela über solche Sachen nicht sprechen dürfe, ohne daß dieser sofort den Verlehr mit ihm abgebrochen haben würde. Davon, daß Etwas seiner Frau 200.000 und später 100.000 K gegeben habe, wisse er gar nichts und könne auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

In einem Schlussworte erklärte er, daß er sich vollkommen unschuldig fühle, und legte ein Verzeichnis der Ersparnisse vor, die durch sein Zutun dem Staate gemacht wurden und die sich auf sieben Millionen belaufen.

Ueber Befragen seines Verteidigers gibt er noch an, daß er mit seiner Frau nicht gut gelebt und wochenlang mit ihr nicht geschlafen habe.

In der Nachmittagsverhandlung wird Oberst Adam einvernommen. Er erklärt sich nicht schuldig und begibt sich in längerer, oft sehr

Der neue italienische Innenminister.

Rom, 17. Juni. (Stefani.) Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannte der König den Kolonialminister Federzoni zum Minister des Innern. Das Kolonialministerium wird Mussolini ad interim selbst leiten.

Mussolini und die Seinen bei der Familie Matteotti.

Rom, 17. Juni. (M.S.) Der Ausschuss der Kammermehrheit prüfte die Situation und beauftragte den Abgeordneten Paulucci und den Invaliden Annaravia im Namen der Mehrheit die Gemahlin des Abg. Matteotti aufzusuchen. Mussolini und der Kammerpräsident Rocco haben gestern die Familie Matteotti besucht und der Frau sowie der Mutter des Abgeordneten das Beileid ausgesprochen.

Eine Rundgebung der ungarischen Genossen.

Budapest, 17. Juni. Die sozialistische Fraktion der Nationalversammlung hat in einer Konferenz der Entrüstung über die Ermordung des italienischen sozialistischen Abgeordneten Matteotti Ausdruck gegeben und der italienischen sozialdemokratischen Partei telegraphisch ihre Teilnahme ausgedrückt. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ersuchte vor Uebergang in die Tagesordnung Abgeordnete Genosse Parkas um die Erlaubnis, die Ermordung des italienischen sozialistischen Abgeordneten zur Sprache zu bringen. Das Haus erteilte hiezu die Erlaubnis nicht.

in ausdringlicher Weise genähert und ihm auch den Vorschlag gemacht, er wolle sich selbständig machen, suche einen Gesellschafter und da könnten beide, Adam als Jurist und er als Ingenieur, gut dabei fortkommen. Er sei aber nicht weiter darauf eingegangen.

Bald darauf habe ihn Rejedly förmlich gezwungen, ihn zu duzen. Bei einem zweiten Besuch habe ihn Rejedly gefragt:

„Weißt du nicht, wie ich Benzinjäger für das Ministerium werden könnte?“

Worauf er erwiderte: „Warte, davon habe ich etwas gehört, ein rumänischer Jude hat da ein Monopol.“ Er solle sich an die Auto, oder an die Fliegerabteilung wenden und dort müsse er ja von den zuständigen Referenten die nötigen Auskünfte bekommen. Ganz ausgeschlossen sei es, wie Rejedly behauptet, er diesen zu Voubela schickte.

Der zweite Ratsschlag, den er dem Rejedly gab und aus dem ihm in der Auflage ein Strich gestrichelt wird, habe folgend ausgefallen. Er sah einmal mit Rejedly im Kaffeehaus und da habe ihn dieser gefragt, ob ein Offiziersschreiben in Benzin vonseiten des Ministeriums erfolgt sei. Darauf habe er ihm gesagt: Da mußt du dir eben die Cesskoslovensta Republika bestellen, da er wußte, daß in diesem Amtsblatt alle Offerte ausgeschrieben sind.

Den schwerwiegendsten Rat, der ihn auch vor das Gericht gebracht habe, habe er dem Rejedly im Januar 1922 gegeben. Rejedly erzählte ihm, daß eine Lieferung auf 80 Zisternen leichten und 60 Zisternen schweren Benzins ausgeschrieben sei und fragte ihn, ob er nicht wisse, wohin er sich da wenden solle. Da habe er ihm geantwortet: Kaufe dir die betreffenden Vorschriften dort und dort, und habe ihm auch auf einem Zettel die Nummer des betreffenden Geschäftsbriefes aufgeschrieben. Als ihm Rejedly seine Befürchtungen mitteilte, daß er nicht bekommen werde, habe er ihm gesagt, er müsse eben „erstklassige Ware“ liefern. Wenn er der billigste sein werde, werde er schon etwas bekommen. Es sei aber eine Lüge, daß er, wie Rejedly behauptet, selbst das betreffende Offert geschrieben habe, denn er verstehe vom Benzinhandel gar nichts.

Auf einen Einwand Rejedly's, daß er kein Muster habe, hätte er ihm den Rat gegeben, dann überhaupt nicht zu konkurrieren, da es zwecklos sei. Da Rejedly ferner meinte, er werde statt das vorgeschriebene Badinn zu erlangen, einfach darauf hinweisen, daß er bei einer Bank einen größeren Kredit habe, habe er ihm erwidert:

„Das ist doch zum Lachen, dann bekommst du einfach nichts. Du mußt dem Ministerium slavisch willfahren und darfst nicht glauben, daß das Ministerium ein Jude ist, mit dem man handeln kann.“

Dann sei er auch mit Eugen Kolben bekannt geworden, der ihm einmal von Rejedly vorgestellt wurde, und der ihm auf den ersten Blick sehr sympathisch war. Kolben versicherte, daß er sehr froh sei, ihn kennen zu lernen und erzählte ihm früher, daß er in rumänischer Währung offeriert habe, und fragte ihn, ob er da einen Fehler gemacht habe. Daraufhin habe er gemeint, daß da wohl wirklich ein Fehler gemacht wurde. Als ihm aber Kolben weiter sagte, daß ihm diesen Rat der Präsident Bondy gegeben habe, sagte er: Wenn Ihnen der Bondy das geraten hat, dann tun Sie es nur. Kolben habe ihm dann weiter einen großzügigen Plan entwickelt, daß er in Kival ein Benzindepot und später vielleicht eine Raffinerie einrichten wolle und daß er überhaupt beabsichtige, sich für Mineralöle zu spezialisieren. Er liefere schon vielen Behörden und hoffe, auch Lieferungen für das Verteidigungsministerium zu bekommen. Kolben machte ihm dann den Vorschlag, als juridischer Beirat dieser Firma zu fungieren, und erklärte auf einen Einwand Adams, daß er sehr an Prag hänge und wohl nicht nach Kival gehen werde: „Wenn wir Ihnen aber ein Automobil zur Verfügung stellen würden, dann hätten Sie es ganz leicht.“

Später habe er von Rejedly erfahren, daß dieser nicht mehr bei den Kolben angestellt und mit ihnen in einen gerichtlichen Streit um eine Provision verwickelt sei. Da kündigte er dem Eugen Kolben seinen Besuch an, den er nun, da er in der Auflage gegen ihn angeführt wird, ausführlich schildert. Otto Kolben sei ihm hierbei von dessen Bruder nur ganz flüchtig vorgestellt worden und er habe kein Wort mit ihm gewechselt. Auf seine Frage, was Kolben mit Rejedly getan habe, da dieser auf Kolben sehr schimpfe, habe ihm Eugen Kolben erzählt, er sei von einer dritten Person vor ihm gewarnt worden und sei froh, daß er sich seiner entledigt habe.

Im Herbst sei er auch einmal mit Kolben, der ihn auf der Straße zufällig traf, ein Stück im Auto gefahren, doch sei dabei von Benzin überhaupt nicht gesprochen worden. Nachher telephonierte ihm Kolben eines Tages, daß er ihn dringend sprechen möchte. Er forderte ihn auf, gegen Abend zu kommen, wartete jedoch vergeblich auf ihn. Nachdem er sich schon in sein Schlafzimmer begeben habe, habe es gegen viertel 10 Uhr geläutet, und als er, nur leicht bekleidet, öffnete, war Eugen Kolben draußen und entschuldigte sich vielmals, daß er noch so spät komme. Aber er habe sich unterwegs aufgehalten und möchte ihn nur auf eine Minute sprechen. Da er ihn schließlich nicht herauswerfen konnte, habe er ihn in seine Kanzlei geführt und dort gefragt, was denn so Wichtiges los sei. Eugen Kolben habe ihn gefragt: „Herr Oberstleutnant, bitte haben Sie einen Einblick auf Rejedly? Er will mit uns vor Gericht und das ist mir schrecklich unangenehm.“

Er habe aber sehr entschieden abgelehnt, sich da hineinzuversetzen, und Eugen Kolben mußte unverrichteter Dinge weggehen.

Als er dann einmal erfährt, daß Rejedly mit der Familie Licht bekannt sei, brach er den Verkehr mit ihm ab. Im Jänner 1924 kam Rejedly neuerdings zu ihm und bat ihn um seine Vermittlung in der Streitsache mit Kolben, was er auch scharf ablehnte. Am anderen Tage bekam er dann von ihm den bekannten provokatorischen Brief von Rejedly. Bald darauf kam es zur Aufdeckung der Benzinaffäre und er wurde dann verhaftet.

Letzte Nachrichten:

Der Völkerrundrat.

Schlusssitzung.

Genf, 17. Juni. Der Völkerrundrat setzte heute vormittags in öffentlicher Sitzung unter dem Vorsitze Dr. Benes's seine Beratungen fort. Der Rat beschäftigte sich u. a. mit dem Antrage der britischen Regierung betreffend das Studium der Frage der Kontrolle der Abrüstung in Desterreich, Ungarn und Bulgarien durch Organe des Völkerrundes. Die Friedensverträge von Saint Germain, Trianon und Neuilly seien die Uebertragung der Kontrolle, die bisher durch eine interalliierte Kommission ausgeübt wurde, auf dem Völkerrund vor. Lord Parmoor gab namens der britischen Regierung eine Erklärung ab, die dahin geht, die ständige beratende Abrüstungskommission zu beauftragen, die Organe zu prüfen und vorzubereiten, mit denen der Rat das in den Friedensverträgen genannte Recht ausüben kann.

Heute abends beendete der Völkerrundrat seine 20. Session mit einer unter dem Vorsitze von Dr. Benes abgehaltenen öffentlichen Sitzung. Er beschloß nach Bericht und Antrag von Soza Dantas (Brasilien) zur Entschädigung der aus Polen ausgewanderten deutschen Ansiedler der polnischen Regierung die Zahlung einer Summe von 2.700.000 Zloty aufzulegen. Die polnische Regierung versichert, daß sie entgegen den Erklärungen der deutschen Regierung keine Maßnahmen getroffen habe, welche die Interessen deutscher Ansiedler verletzen. Die Beratungen wurden mit einem Berichte Salandras (Italien) über die Kontrolle der Einfuhr aus Deutschland ins Saargebiet geschlossen, welcher Bericht ohne Diskussion genehmigt wurde. Zum Schluß der Sitzung dankte Ben Bogois Benes für seine Tätigkeit als Präsident.

Die englische Regierung bei einer Abstimmung in der Minderheit.

London, 17. Juni. Im Verlauf der gestrigen Sitzung des Unterhauses blieb die Regierung bei einer Abstimmung über die Londoner Verkehrsverträge mit 126 gegen 189 Stimmen in der Minderheit.

Einigung im deutigen Eisenbahnerkonflikt?

Berlin, 17. Juni. Die gestrigen Verhandlungen der Gewerkschaftsvertretung der Eisenbahner mit der Reichsregierung haben mehreren Blättern zufolge zu einer vollen Einigung geführt.

Deutschland und der Völkerrund.

London, 17. Juni (M.). Der Ministerpräsident erklärte auf eine Anfrage im Unterhause, daß Deutschland bis nun kein formales Ersuchen um Aufnahme in den Völkerrund gestellt habe und fügte hinzu, daß die Staaten, welche Mitglieder des Völkerrundes werden wollen, ihre Ersuchen selbst überreichen, da der Völkerrund hiezu niemanden auffordert. Die britische Regierung sei einem baldigen Beitritt Deutschlands günstig gesinnt und würde sein Ansuchen begrüßen.

Auf eine weitere Anfrage, ob Deutschland die Verträge bezüglich der Abrüstung erfülle, teilte der Ministerpräsident mit, daß er bei dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen zwischen Deutschland bezüglich einer interalliierten Kontrollkommission in dieser Sache nichts mitteilen könne. Er könne nur sagen, daß dieser Angelegenheit ständig sorgfältige Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Anschläge gegen die Republik.

Kaschau, 17. Juni. Heute um 6 Uhr abends wurde vor dem Senat des Staatsgerichtshofes das Urteil im Prozeß gegen St. Hajdus und Genossen, Johann Stefan Peter und Josef Peter, die beschuldigt sind Anschläge gegen die Republik inszeniert zu haben, Eisenbahnzüge überfallen und ausgeraubt, mit magyarischem Irredentisten gemeinsame Sache gemacht und ein Attentat auf den Zug des Präsidenten der Republik im September 1921 zwischen den Stationen Raksa und Salanc geplant zu haben, gefällt. Die Angeklagten wurden für schuldig erklärt und verurteilt nach § 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik, Abs. 3, wie folgt: Karl Hajdus zu 18 Jahren Zuchthaus, Johann Stefan Peter zu 10 Jahren Zuchthaus, der dritte Beschuldigte, Josef Peter, wurde freigesprochen, doch hat der Staatsanwalt wegen des Freispruchs die Berufungsbefehle angemeldet und gefordert, daß der Angeklagte weiter in Haft belassen werde. Das Gericht hat seinem Ersuchen stattgegeben.

Tages-Neuigkeiten.

Der geklimte Kaplan.

Wir lesen im „Lachen links“: Dem verstorbenen Bischof M. wird folgendes nachgerühmt, das sich allerdings, wie wir vermuten, nicht in den letzten Lebensjahren des frommen Mannes abgespielt hat, sondern in seiner Sturm- und Drangperiode, als Herr M. noch simpler Kaplan war.

M. fühlte eines Tages, und zwar im Bonnermonat Mai, das dringende Bedürfnis sich persönlich von der in Großstädten herrschenden Unmoral und Sittenverderbnis in präzi zu überzeugen. Er besuchte zu diesem Zwecke, von der Reinheit seiner Motive durchdrungen, in seinem Priesterkleide ein öffentliches Saal in München, wo man, wie er von einem Bekannten erfahren hatte, der Venus vulgaria opfern sollte. M. war trotz seiner Zugehörigkeit zum geistlichen Stande weltlich genug infiziert, um annehmen zu müssen, daß derartige Opferungen mitunter hohe Ansprüche an den verhältnismäßig schwachen Geldbeutel eines Kaplans stellen müßten. Er fragte deshalb mit einem leichten Herzklappen, nachdem er sich von der Wahrheit der unmoralischen Gerüchte eingehend überzeugt hatte, wie hoch die Summe sich beliefe, die er für die Beweisführung zu entrichten habe. — Zu seiner angenehmen Ueberraschung lehnte die Venuspriesterin die Annahme eines „Honorars“ schlanweg ab. Da jedoch dieser erste Besuch dem Herrn Kaplan noch nicht beweiskräftig genug erschien, glaubte er einige Tage später einen zweiten unternehmen zu müssen, und stellte zu seinem wenig angenehmen Erstaunen fest, daß er für diesen zweiten, noch tieferen Beweis der in München herrschenden Unmoral 25 Mark berappen sollte.

„Mein liebes Kind,“ sagte er in mildestem Tone, dessen feine Stimmstimme fähig war, „ich begreife diese hohe Forderung nicht. Als ich neulich hier war, hat der Besuch nichts gekostet.“

Das Mädchen lachte laut auf. „Do bist sei im Irrtum,“ sagte sie, „seil vor a paar Tag'n hat a 25 Mark' kostet, nur hois damals die Filmg'sellschaft zohlt und halt mußt holt selber zohln.“

Singer & Comp.

Prag, 17. Juni. Wir haben vor einigen Tagen über den Prozeß berichtet, den die Union der Geschäftsreisenden für 14 Vertreter der Firma Singer & Comp. beim Gewerbegericht eingebracht hat, weil die genannte Firma sich weigerte, den gekündigten Vertretern die volle sechswohentliche Kündigungsfrist einzuräumen. Die Firma stützte sich bei dieser Weigerung auf die Behauptung, daß Vertreter dem Angestellten-gesetz nicht unterliegen, obwohl die Vertreter bei der Krankenkasse gemäß den Bestimmungen des Angestellten-gesetzes angemeldet waren.

Die erste Verhandlung wurde am Freitag auf heute, Dienstag verlegt. Die Vertagung wurde durch ein Mandat des anwesenden Direktors der Firma herbeigeführt, das der Firma allerdings wenig genützt hat. Denn das heute erlassene Urteil des Gewerbegerichts bedeutet die vollständige Niederlage der Firma Singer & Comp. Das Gewerbegericht stellt zunächst fest, daß Vertreter, die bei der Krankenkasse angemeldet sind und täglich im Bureau der Firma zu erscheinen haben — wie dies bei der Firma Singer & Comp. der Fall war — unter das Angestellten-gesetz fallen und daher auf eine sechswohentliche Kündigungsfrist Anspruch haben. Die Firma Singer & Comp. wird daher im Sinne dieser Entscheidung verurteilt, den 14 Vertretern die geflagte Vergütung für die volle sechswohentliche Kündigungsfrist — es handelt sich um Beträge von 2000 bis 3000 Kronen — auszusahlen.

Damit hat die Union der Geschäftsreisenden in diesem Gerichtsfalle einen vollen Sieg errungen.

Klerikaler Moralunterricht? Ein seltsames Stückchen wird uns aus Brüg berichtet: In der dortigen Anabenkinder-Schule erteilt den Unterricht in Bürgerkunde und Moral der Vater Urlaub, der noch dazu vom Ausschuss der deutschen Lehrer in Brüg ersucht wurde, diese Unterrichtsstunden zu übernehmen. Höher geht es doch wirklich nimmer! Zu beklagen sind nur die „deutschfreihheitlichen“ Lehrer, die sich durch ihren Beschluß als ein willkürliches Werkzeug des Klerikalismus entpuppt haben. Wunderlich ist dies allerdings nicht, denn den „freihheitlichen“ Sinn der deutschbürgerlichen Lehrer kennt man ja. Sicherlich widerspricht aber der Zustand, daß ein katholischer Priester Moralunterricht erteilt, dem Willen des Beschlußgebers, der doch die Einführung des Moralunterrichts anstrebt, damit die Kinder nicht dem religiösen Zwang unterworfen sind. Eltern, die ihre Kinder freihheitlich erziehen lassen wollen, schiden sie nach dem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte nicht mehr in den Religionsunterricht, wofür die Kinder den Moralunterricht genießen. Die Eltern, die glauben, ihre Kinder den klerikalen Einflüssen entzogen zu haben, müssen nun in Brüg erleben, daß ihre Kinder wiederum klerikalen Einflüssen ausgesetzt werden, denn es ist ja selbstverständlich, daß der Geistliche nur eine klerikale Moral, nicht aber eine freihheitliche lehren wird und kann, denn sonst wäre er ja ein schlechter Geistlicher. Unserer Ansicht nach ist es eine Schmach daß in Brüg solche Zustände überhaupt eintreten konnten. Hoffentlich wird das Unterrichtsministerium dazu beitragen, daß dieses Kuriosum beseitigt wird, wenn auch die unteren Instanzen der Schule dafür kein Verständnis haben.

Präsident Masaryk ist auf seiner Reise nach Mähren und Schlesien gestern in Groß-See-Lowitz eingetroffen.

„Echo de Paris“ und die Prager Luftschiff-fahrtsausstellung. Das „Echo de Paris“ schreibt über den großen Erfolg der internationalen Luftschiffahrtsausstellung in Prag und die bedeutende Anteilnahme Frankreichs daran. Der Eindruck von der Goethebörger Ausstellung, wo sich das französische Material schlecht präsenterte, sei dadurch verwischt worden. Die Bedeutung der Ausstellung von Prag trete umso mehr in den Vordergrund, als sicherlich von deutscher Seite der Ausstellung die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das Blatt zieht dann die Folgerung, daß sich eine glänzende Gelegenheit biete, zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei ein engeres aeronautisches Band zu knüpfen. Das Blatt erwähnt unter diesem Gesichtspunkte eine eventuelle Standardisation des Materielles, wennstens bis zu einem gewissen Grade. Die bisherige Abhängigkeit der tschl. Luftschiffahrt von Deutschland sei ein Uebelstand (?) der behoben werden sollte.

Die Flucht der Landeslinder. Nicht weniger als 36.000 Besuche und Erteilung von Pässen nach den Vereinigten Staaten Nordamerikas haben sich im Rahmen des Sozialfürsorge-ministeriums angehäuft. Allerdings beginnt am 30. Juni d. J. eine neue Periode der Auswandererbewegung, denn an diesem Tage tritt das neue Auswandererkontingentsgesetz in Kraft. Aber die auf die Tschechoslowakische Republik entfallende Quote der zugelassenen Auswanderer wird in dieser Periode nicht höher sein als 1000, so daß nur die in den früheren Jahren bereits ausgestellten Pässe, insbesondere die für Frauen und Kinder ausgestellten Pässe, deren Männer und Vater bereits in Amerika sind, in Betracht kommen.

Die Teschner Grenzfrage. Dem „Robotnik Klaski“ zufolge begannen in Teschen Verhandlungen der Abgrenzungskommission. Die Kommission wird Korrekturen der Grenzen in Marklowice, Buncob und Lesna vornehmen. Hierauf wird sie zur Regelung des Grenzverleches im Teschner Gebiete schreiten und hört deshalb die Wünsche der Gemeindevorstände und Interessenten betreffend die Ueberschreitung der Grenze an.

Das Investitionsprogramm von Groß-Prag gelangte in einer außerordentlichen Sitzung des Gemeindevorstandes von Groß-Prag zur Verhandlung. Die Beratung war ungewöhnlich wichtig, da es sich um Ausgaben handelt, die beinahe 5000 Millionen Kronen erreichen und für 10 Jahre vorgesehen sind. Das im Druck vorliegende und mit einem umfangreichen Motivenbericht versehene Investitionsprogramm umfaßt folgende wichtige Posten: Kommunkation und Pflasterung 615,100.000 K, Brücken und Wasserbauten 276,425.000 K, Kanalisierung der Stadt 696,100.000 K, Wasserwerke und Wasserleitung 420,000.000 K, Parks und grüner Gürtel 920.000 Kronen, Gesundheitswesen 162,000.000 K, Soziale und humanitäre Zwecke 204,800.000 K, Schule und Kultur 454,600.000 K, Bauten 187,500.000 K, Kleine Unternehmungen 356,200.000 K, Elektrische Unternehmungen 916,700.000 K, Regulierung und Affianierung 190,000.000 K, Notstandsbauten 91,000.000 Kronen. Zusammen für Investitionszwecke 4.892,700.000 K. Hieron durch die amerikanisch-englische Anleihe bereits gedeckt: Wasserwerke 106,000.000 K, Elektrische Bahnen 21,100.000 K, Elektrische Werke 118,000.000 K. Zusammen 245,100.000 K, verbleiben 4.647,600.000 K. Prämotor Dr. Baza wies in einer kurzen einleitenden Rede darauf hin, daß bei der Schaffung des Programmes sich der Gemeinderat von dem Gedanken habe bestimmen lassen, Grundlagen für ein wirkliches Groß-Prag zu schaffen, das zu einer mitteleuropäischen Großstadt ausgebaut werden solle. Von allen Referenten wurde betont, daß dieses große Investitionsprogramm, das im Interesse Groß-Prags und der Republik gelegen sei, nur unter ausgiebiger Staatsunterstützung durchgeführt werden könne. Schließlich wurde das Investitionsprogramm nach einer Debatte angenommen. Es wurde weiter beschlossen, das gedruckte Investitionsprogramm durch eine besondere Deputation dem Präsidenten der Republik, der Regierung wie auch sämtlichen in Betracht kommenden Faktoren vorzulegen.

Durch einen wütenden Stier verlegt. Im städtischen Schlachthofe zu Brerau ritz sich ein großer, schon gewordener Stier von der Kette los und rannte wuschnauend im Hofe herum. Alles verstreute sich. Zufällig kam der Hühnerhändler Gartner in den Hof. Er wurde von dem Tiere sofort angegriffen und zu Boden geschleudert. Bevor noch Hilfe herbeikam, hatte Gartner eine Zertrümmerung eines Fußes erlitten und wurde in das Spital übergeführt. Es gelang später, den Stier mit Striden zu fesseln und abzuschlachten.

Deutschböllisches Debauch in Siegen. Dem von den Deutschböllischen arrangierten „Deutschen Tag“ in Siegen hat die republikanische Bevölkerung durch intensive Propaganda eine eindrucksvolle republikanische Kundgebung entgegengestellt. Die Deutsche Friedensgesellschaft veranstaltete am Vorabend eine Versammlung im größten Saale der Stadt und fand dabei die freudige Unterstützung der republikanischen Parteien und der Gewerkschaften. Eine vielstausendköpfige Menschengemenge legte dabei ein eindrucksvolles Bekenntnis für die Republik ab. Die Deutschböllischen hatten damit in Siegen eine entscheidende Niederlage erlitten, denn am anderen Tage fanden sich zu ihrem „Deutschen Tag“ kaum hundert Menschen ein. Lubendorf wird kaum mehr ein zweitesmal nach Siegen zu einem „Deutschen Tag“ fahren.

Auch ein „Deutscher Tag“. Vom 21. bis 25. Juni findet in Weimar eine landwirtschaftliche Ausstellung statt, verbunden mit einer Tier-schau. Mehr als 2000 Stück Rindvieh sind angemeldet. Als Ausstellungsgelände haben sich die Agrarier den von Goethe und Karl August angelegten Park ausgesucht. Die zu diesem Zweck bereits errichteten Holzbauten dehnen sich bis vor Goethes Gartenhaus aus. Da hilft kein Protest mehr. Es wäre auch schade, wenn die Ausstellung verlegt werden müßte. Gerade an der historischen Stätte der deutschen Klassik wirkt sie als Symbol des Deutschland von heute. Teile des herzoglichen Schlosses werden in eine Kaserne umgewandelt, Goethes Park muß als Viehwiese erhalten, und neben Goethes Haus bieten die Agrarier ihren Kofel. Der Geist von Potsdam, wie er in manchen Gehirnen herumspukt, hat über den Geist von Weimar gesiegt. Oder sollte man im Sprachgebrauch des neuer Thüringen unter der Tierchau der 2000 preisgekrönten Rindvieher eine Heerschau jener Wähler verstehen, die dem neuen Thüringen in den Sattel geholfen haben, und sollte man das ganze als „Deutschen“ Tag in Weimar gedacht haben?

Der Schaffstall als Kriegerdenkmal. Die Stadt Dinkelsbühl in Mittelfranken besitzt eine 1371 erbaute gotische Kapelle, die in Verfall geraten und zuletzt als Schaffstall benützt worden war. Jetzt hat die Gemeinde das Gebäude renoviert und als Kriegergedächtnishalle ausgebaut. Der Entwicklungsgang vom ehemaligen Gotteshaus über den Schaffstall zum Moschtempel bedeutet jedenfalls ein Unikum in der Geschichte der deutschen Architektur. Eine Ausbildung des interessantesten Baues, die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer illustrierten Wochenbeilage veröffentlichen, zeigt übrigens, daß dem Tempel der Charakter des Schaffstalls auch in seiner neuen „würdigen Form“ gewahrt geblieben ist.

Zu der Aufhebung der deutschen Ausreisegeldbeiträge. Die Montag erfolgt ist, sagt das „Berliner Tageblatt“: Erwünscht ist nicht nur, daß die Maßregel aufgehoben wurde, sondern vor allem, daß sie auch aufgehoben werden kann. Wenn die Rentenmark jetzt nicht gesichert wäre, dann hätte die Regierung die Exzesse gewiß nicht total befreitigt.

Juridizierung von Ausweisbefehlen im Rheinland. Wie die „Agence Havas“ aus Koblenz meldet, habe die Rheinlandkommission zahlreiche Maßnahmen betreffend jene Personen, die während des passiven Widerstandes ausgewiesen wurden, verfügt. Für die französische Zone habe das französische Oberkommissariat in Koblenz die Juridizierung von 7000 Ausweisungsbefehlen vorgeschlagen. Die Rheinlandkommission habe alle diese Vorschläge angenommen. Von den 800 aktiven Zollbeamten seien 590 wieder in den Dienst gestellt und 80.000 Eisenbahner in das Personal der Regie aufgenommen worden. Ferner seien von 580 durch das Militärgericht verurteilten Personen eine Anzahl begnadigt worden. In den Gefängnissen befänden sich nur noch 58, die meist wegen schwerer Verbrechen verurteilt wurden.

Die kommunistische Berliner „Rote Fahne“, deren Erscheinen vier Wochen verboten war, ist gestern wieder erschienen.

Schweres Fliegerunglück in Magdeburg. Nach einer Meldung aus Magdeburg ist auf dem dortigen Flugplatz „Krauler Ager“ Montag ein von dem Chespiotica Typie geführtes Flugzeug infolge Bergaserbrandes in Flammen geraten und abgestürzt.APPLE ist verbrannt. Der Fahrgast, Hauptmann a. D. Rosenstern, der aus dem Flugzeuge sprang, brach sich das Genick. Das Flugzeug ist vollständig vernichtet.

Das Volkstheater für Arbeit in der Sowjetrepublik Grunfinen beschloß, auf Ersuchen der Arbeiter die kirchlichen Feiertage durch revolutionäre zu ersetzen. Es wurden im ganzen 16 Arbeitstuhetage festgelegt.

Der politische Nord in Sofia. Der Mörder Petkoffs wurde Montag verhaftet. Er heißt Stefan Karalashew, ist 27 Jahre alt, Mazedonier aus Dewdeli. Er ist Agent der Geheimpolizei. Er ist dieselbe Person, welche nach dem Attentat von dem Publikum beim Militärklub gefangen und dann freigelassen wurde, weil er sich als Polizeiagent legitimierte und behauptete, den Mörder zu verfolgen. Karalashew wurde sofort dem Gerichte übergeben. Der Bizepräsident der Sobranje Dr. Vozow, der französische und der serbische Gesandte in Sofia sowie auch der französische Ministerpräsident Herriot sprachen der Familie des Ermordeten telegraphisch ihr Beileid aus.

112 Opfer eines Erdbebens. Bei einem Erdbeben in einem japanischen Dorfe haben 112 Eingeborene durch Verschüttung den Tod gefunden.

Fromme Wünsche der Au Klug Klauer. Die Au Kluger in Nordamerika beantragen eine Warte-frist von 21 Jahren für die Naturalisierung Eingewandelter, weil ja auch der „Eingeborene“ 21 Jahre warten müsse, bevor er stimmen könne. Nach Au Klugers Auffassung steht also der Eingewanderte auf gleicher Stufe mit dem neugeborenen „Amerikaner“. Daraus wäre abzuleiten, daß um der Au Kluger sein Bürgerrecht überhaupt erst im Jenkeits erhalten sollte; früher kommt er doch nicht zu der Verstandesreise, die zur Ausübung der Bürgerrechte notwendig ist.

Der japanisch-amerikanische Einwanderungs-konflikt. Staatssekretär Hughes hat Montag dem japanischen Botschafter Hanihara die amerikanische Antwort auf die japanische Protestnote gegen das neue amerikanische

Einwanderungs-gesetz überwidet. Die Antwort wird in den amerikanischen und japanischen Morgenblättern vom 19. d. M. veröffentlicht werden.

Der amerikanische Flug um die Welt. Die amerikanischen Teilnehmer an dem Fluge um die Welt sind, wie aus Hongkong gemeldet wird, in Saigon angekommen.

Ein amerikanisches Kriegsschiff gescheitert. Das Kriegsschiff „Westvirginia“, an dessen Bord sich die amerikanischen Teilnehmer an der 8 Olympiade eingeschiffet hatten, ist kurz nach seiner Abfahrt gescheitert, konnte aber noch in den Hafen zurückgebracht werden, wo die nötigen Reparaturen vorgenommen werden. Die Teilnehmer an der Olympiade werden auf einem anderen Schiff die Reise antreten.

Einer, der Grönland austauen will. Dimitri Lognowitschi, ein rumänischer Ingenieur, hat an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, von Großbritannien, Dänemark und Kanada eine Denkschrift gerichtet, in der er ausführlich auseinandersetzt, daß Grönland von der Gefahr bedroht sei, von seinem schon über 3000 Meter dicken Eismantel zermalmt zu werden, wodurch gleichzeitig eine Verschiebung der Erdachse herbeigeführt werden würde. Ueber den Zeitpunkt des Eintrittes der Katastrophe schweigt sich der rumänische Ingenieur allerdings aus; dagegen macht er den Vorschlag, ihm die Ermächtigung und die Geldmittel zu bewilligen, einen gewaltigen Damm quer über die Furt- und Sella-Strasse zwischen dem Boothia-Golf und dem Foxkanal zu erbauen, durch den die kalte Polarströmung nordwärts abgelenkt werden würde, so daß es dem warmen Golfstrom möglich würde, Grönland zu erreichen und das Eis hier zu schmelzen.

Das Spiel an der Börse. Der Budapestser Börsenkommissar Dr. Stephan Nagel, Mitinhaber der Firma Nagel-Balaban, hat Selbstmord verübt. Die Ursache des Selbstmordes sollen Börsenverluste in der Höhe von 700 Millionen ungarische Kronen sein. — Wie die Budapestser Blätter melden, hat die Grundpächter-A. G. Pyramis bei der Polizei die Anzeige gegen den Budapestser Getreidegroßhändler Kelemen erstattet, daß er nach Uebernahme von 458 Millionen ungarische Kronen von der Gesellschaft zur Belieferung mit Getreide städtig geworden sei, ohne das Getreide geliefert zu haben. Kelemen hat in den letzten Monaten an der Börse und im Kartenspiel große Verluste erlitten.

Der Anteil der deutschen Häfen an der Schifffahrt. Seit dem Bestehen des Deutschen Reiches ist eine bemerkenswerte Verschiebung der einzelnen Häfen an der Handelschifffahrt erfolgt, wie aus einer Statistik in „Berst, Reederei, Hafen“ zu erkennen ist. Zu Anfang der 70er Jahre, als die Segelschiffe noch 90 Prozent unserer Handelsflotte ausmachten, war an der Ostsee fast ebensoviel Schiffsraum beheimatet wie an der Nordsee. Je größer die Zahl der Dampfer wurde, um so mehr verschob sich das Verhältnis zugunsten des Nordseegebietes, so daß im Jahre 1914 nur noch 10 Prozent auf die Ostseehäfen entfielen. Die deutsche Handelsflotte betrug vor dem Kriege nur ein Zehntel der Welt Handelsflotte und macht jetzt nach Ablieferung aller größeren Schiffe kaum ein Zwanzigstel der Welttonnage aus. Den weitaus größten Anteil haben Hamburg und Bremen. Der Hamburgs beträgt augenblicklich 56 Prozent, der Bremens 25 Prozent der deutschen Handelsflotte, so daß sich alle übrigen deutschen Häfen in einen Rest von 19 Prozent teilen müssen. Davon haben die Ostseehäfen einen Anteil von 14,5 Prozent und für die sämtlichen übrigen Nordseehäfen bleiben nur 4,5 Prozent übrig. Nach Hamburg und Bremen hat augenblicklich Stettins Flotte die größte Tonnage.

Eine misslungene Rekordfahrt. Dem Riesendampfer „Aurorantania“ passierte auf seiner letzten Reise nach New York ein eigenartiger Unfall. Das Schiff verließ Southampton mit der Absicht, einen neuen Schnelligkeitsrekord aufzustellen. Aber als es mit voller Geschwindigkeit von 25 Knoten über den Ozean roste, gab es plötzlich eine heftige Erschütterung, woran die Maschinen zum Stillstand gebracht wurden. Zuerst herrschte allgemeine Aufregung an Bord. Dann aber stellte sich heraus, daß kein ernsthafter Schaden vorlag. Eine Schraube war abgegraben und versunken. Zuerst rotierte die leere Schraubenwelle mit toller Schnelligkeit, dann wurde sie abgestellt, und die Maschinen konnten weiterarbeiten. Aber eine Rekordfahrt wurde es nicht. Man kam im Gegenteil mit erheblicher Verspätung in Amerika an.

Mit dem Helikopter gerade aufsteigender Aeroplane, den Rißter Mr. Brennan für das englische Luftschiffahrtsministerium konstruierte, wurden bei Aldershot erfolgreiche Versuche gemacht. Wie die Blätter berichten, erhob sich die Maschine leicht bis zu einer Höhe von 10 bis 15 Fuß und ging nach einigen Minuten wieder ebenso leicht zur Erde.

Wetterübersicht vom 17. Juni. In Böhmen ist am Montag Ausbeiterung eingetreten, im Osten hielt noch trübes Wetter an. Demzufolge erreichte die Temperatur höhere Werte in Böhmen als in der Slowakei (Prag 19, Kaschau 15 Grad Celsius). Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet hat sich abgeschwächt und gegen Norden verschoben und unsere Gebiete werden neuerdings von einer südlichen Störung beherrscht. Dienstag herrschte wieder stellenweise Regenwetter vor. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Allmähliche Besserung.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Kleine Chronik.

Womit haben sich die Leute vor tausenden Jahren rasiert?

In dem Rasiermesser haben wir es mit einem Instrument unserer modernen Lebensführung zu tun, das wir uns nicht mehr vorstellen können, das uns etwas absolut Selbstverständliches ist und über dessen technische Entstehung wir fast ganz auf Mutmaßungen angewiesen sind. Unsere älteste Fundgrube für Kulturgeschichte ist heute immer noch die Geschichte Ägyptens. Hier leben wir in einer Periode um 3000 v. Chr. auf Abbildungen fast durchgehend bartlose Männer. Rasierinstrumente, die als solche für uns ohne weiteres kenntlich sind, haben wir aus dieser Zeit nicht. Wir wissen ferner, daß die damalige Zeit eine Zeile, wie wir sie heute kennen, auch nicht besaß, können uns also kein Bild machen, wie die alten Ägypter das Rasieren oder Bartentfernen ausführten. Aus der römischen Geschichte wissen wir, daß die Ringkämpfer die Körperhaare entfernten, und die antike Statue des „Schäfers“ zeigt uns einen Mann, der ein fischelartiges Instrument, nicht viel kleiner als unsere Grastischel, auf einem großen Stein abzieht. Wir wissen aus der römischen Kultur des weiteren, daß die Körperpflege sehr hoch entwickelt war, daß die Bartlosigkeit vorberichtet, und daß zur Entfernung der Körperhaare besondere Methoden als Haaranzücker erhalten wurden. Auch die altchinesischen und indischen Statuen zeigen die Gottheiten und bedeutenden Männer zum größten Teile bartlos, sobald man sagen kann: Die Bartlosigkeit ist bei den meisten Völkern eine Begleitererscheinung höherer Kultur, wie ja auch Schopenhauer das fahle Männergesicht geradezu als Kulturausdruck fordert. Eine Erklärung dieser höchst interessanten Tatsache vom anthropologischen Standpunkte aus ist meines Wissens noch nicht gegeben worden.

Zweifelsohne existierten Rasierinstrumente in Zeiten und bei Völkern, bei denen Stahl noch nicht bekannt war. Da wir gerade an das Rasiermesser die höchste Schärffähigkeit stellen und heute allein den Stahl allen anderen Metallen gegenüber für gebrauchsfähig halten, so ist anzunehmen, daß die früheren Völker an Stelle der Seife Mittel besaßen, die ein Rasieren mit einem verhältnismäßig stumpfen Instrument ermöglichten. Die verschiedensten Naturstoffe zeigen uns Messer, die nicht als Rasierinstrument näher bezeichnet sind, die aber trotzdem die Vermutung zulassen, daß es sich um ein derartiges handeln könnte. Die Formen sind unter sich sehr verschieden und haben mit der heutigen Rasier Klinge wenig Verwandtschaft. In ganz frühen Zeiten nahm man als Material Feuerstein- und Obsidianlamellen, die auch heute noch bei primitiven Völkern als Schneideinstrumente aller Art in Gebrauch sind. Die meisten Funde sind Bronzemeser. Deren Formen bewegen sich durchwegs in der Art der halbmondförmigen Sichel. Die meisten dieser Sichel sind einseitig; doch hat man auch kreisförmige Matten gefunden, die durch einen zentralen Ausschnitt und einen nach außen sich verbreiternden Schlig das Messer doppelseitig gehalten. An Stelle des beweglichen Heftes ist in der Regel der Erl zu einem kleinen seitlichen Griff ausgebildet. Neben diesen ein- und doppelseitigen Sichel liegt nach ein Messer aus der phönizischen Kulturperiode vor, das im Blatt und Erl etwas unserem heutigen Messer ähnelt, die Schneide jedoch auf der halbmondförmig ausgeschweiften Stirnseite des Messers hat. Viele kulturgeschichtliche Belege früherer Rasiermesser gibt es nicht und es bleibt immer zweifelhaft dabei, ob diese Instrumente auch wirklich zum Rasieren dienten. Wo unsere heutigen Formen zuerst entstanden sind, ist nicht genau festzustellen. Es ist anzunehmen, daß der Ägypter sich aus medizinischen Schneideinstrumenten heraus entwickelte. Bei der Art und Weise, wie das Handwerk früher arbeitete, bei dem Geheimnis der alten Ärzte und bei der früheren Gleichgültigkeit der Wissenschaft aller Handwerkskunst gegenüber sind geschichtliche Aufzeichnungen über derartiges nur in seltenen Fällen gemacht worden.

Die älteste Stadt Amerikas.

Ueber die Entdeckung der großen Maya Stadt, die von dem englischen Reisenden Mitchell Hedges und Dr. Gann im Urwald des Inneren von Britisch-Honduras aufgefunden wurde, macht der Archäologe Gann, der jetzt nach London zurückgekehrt ist, nähere Mitteilungen. „Die Ruinen“, sagt er, sind die Überreste der ältesten Kultur auf dem amerikanischen Erdteil. Vor 2000 Jahren waren die Mayas soweit fortgeschritten, daß sie mit jeder anderen Kultur den Vergleich aushalten können. Ein kluges Volk lebte hier in großen Städten zusammen, Achte, jagte gemeinsam und behaute das Land. Deutzutage leben die Nachkommen dieser so weit fortgeschrittenen Menschen im dichtesten Urwald in ganz primitiver Form, haben jede Überlieferung an die einstige Größe verloren, als die traurigen Zeugen eines Niedergangs, der etwa im letzten nachchristlichen Jahrhundert begann, als Kriege und Anarchien dieses gräßliche Staatswesen untergruben. Die Stadt, die wir entdeckt haben, ist zweifellos die älteste der Mayakultur; sie ist fast tausend Jahre älter, als die früher entdeckte Hauptstadt Chichen Itza. Wenn auch genauere Angaben erst gemacht werden können, nachdem das dicke Gestrüpp, das die Ruinen überwuchert, weggebrochen worden ist, so läßt sich doch schon jetzt erkennen, daß die Stadt größer war, als Chichen Itza, das eine Bevölkerung von etwa 250.000 Seelen gehabt haben mag. Die Erbauer dieser gewaltigen Pyramiden waren von streng mongolischem Typ. Schwarzhaarig, unterseht, muskulös und außerordentlich intelligent. Man stellt sich die Anlage vor: sie bestand aus einer großen Zahl von Steinpyramiden, die über ein Gebiet von 10 bis 15 Quadratkilometern verteilt waren. Steintreppen führten zu den Gipfeln dieser Pyramiden, auf denen die Paläste der Könige und Hohenpriester, die Tempel der Götter lagen. Rings um die Pyramiden dehnte sich die eigentliche Stadt. Hier, in höl-

zernen, mit Palmblättern gedeckten Häusern lebte das Volk, das prachtvolle Goldarbeiten und schöne Schnitzereien ausführte. Neben vielen anderen Kenntnissen besaßen diese Menschen, deren Kultur um mehr als 500 Jahre zurücksteht, ein beträchtliches astronomisches Wissen. Nach ihrem Kalender, der ums Jahr 3250 vor Chr. beginnt, war die Zeit in Zyklen von 400 Jahren eingeteilt, in „Ratuns“, Zeitabschnitte von 20 Jahren, in „Tuns“ von einem Jahr mit 300 Tagen, in Einheiten von je zwanzig Tagen und in „Ains“ oder Tage.

Volkswirtschaft.

Kriegsanleihe der Gemeinden.

Von St.

Am „Prager Tagblatt“ vom 13. Juni 1924 wendet sich Dr. Eugen Doktor gegen die Ausführungen Dr. Jankas, Saag, der in der gleichen Zeitung am 1. Juni 1924 den Gemeinden angeraten hat, die Gültigkeit der anlässlich der Kriegsanleihebeschlüssen abgeschlossenen Darlehensgeschäfte zu überprüfen und die ungültigen Geschäfte nicht anzuerkennen. Die Ausführungen Dr. Doktors sind wenig sachlich und dürfen deshalb nicht unwidersprochen bleiben.

Zunächst meint er, daß die Nichtanerkennung der ungültigen Darlehensgeschäfte den Grundfahnen von Treue und Glauben und den gerechten Anforderungen an die Institutionen des formalen Rechtes widerspricht. Nun bestimmen aber die Gemeindeordnungen ganz genau, welchen Erfordernissen genügt sein muß, um eine gültige Verpflichtung der Gemeinden zu begründen. Es wäre also Sache der Banken gewesen, sich zu vergewissern, ob diesen Erfordernissen entsprochen wurde oder nicht. Tadeln kann man nicht einwenden, daß dies den Banken unmöglich gewesen sei. Sie konnten ja den Abschluß des Geschäftes von den entsprechenden Nachweisen abhängig machen. Wenn sie dies unterließen, so handelten sie auf ihre Gefahr. Tatsächlich war die Sache die, daß die Banken meist selbst keinen Wert auf die Einhaltung von „Formalitäten“ legten und nur auf schnellsten Geschäftsabschluss drängten. In unzähligen Fällen versicherten sie sich nicht einmal der Genehmigung des Geschäftes durch die autonome Verwaltungsbehörde.

Daß die Nichtanerkennung der ungültigen Gemeindegeldschulden gegen Treue und Glauben im Verkehre verstoße, ist nicht mehr als ein inhaltsleeres Schlagwort. Die verantwortlichen Funktionäre der Gemeinde dürfen und können ungültige Darlehensgeschäfte gar nicht anerkennen. Eine solche Anerkennung wäre nur auf dem Wege möglich, daß die Gemeindevertretung das ungültige Geschäft nachträglich ratifiziert und die autonome Aufsichtsbehörde dem zustimmt. Eine solche Forderung an die Gemeindevertretungen und an die Aufsichtsbehörden zu stellen, wäre aber bei der Behandlung der Kriegsanleihefrage durch die Regierung und die Banken reichlich naiv. Dem Bruche eines Zahlungsversprechens kann keine Rede sein, wenn ein gültiges Zahlungsverprechen überhaupt nicht vorliegt.

Daß die Nichtanerkennung der ungültigen Darlehensgeschäfte den Kredit der Gemeinde untergräbt, entspricht nicht den Tatsachen. Die Aktienbanken gewähren überhaupt keine langfristigen Kredite mehr, sondern pflegen zu ihnen haben die Gemeinden, ob sie nun die ungültigen Darlehensgeschäfte anerkennen oder nicht, keine Befriedigung ihres Kreditbedarfes zu erhoffen. Uebrigens wird es den Gemeinden nie einfallen, die Gültigkeit eines Darlehensgeschäftes, aus welchem sie einen wirklichen Wert (nicht wie bei der Kriegsanleihe einen Non valeur) erhalten haben, anzuzweifeln, da sie ja dann die erhaltene Darlehenssumme sofort herausgeben müßten. Die Drohung mit dem Kreditverluste ist also nicht ernst zu nehmen.

Dr. Doktor regt sich insbesondere darüber auf, daß Gemeinden auch solche ungültigen Rechtsgeschäfte nicht anerkennen wollen, über welche schriftsmäßig ausgefertigte Schuldscheine vorliegen. Es muß ihm aber doch bekannt sein, daß nach § 292 Z. B. O. gegen alle öffentliche Urkunden der Beweis der Unrichtigkeit des darin bezeugten Vorganges oder der bezeugten Tatsache oder der unrichtigen Beurkundung zulässig ist. Es ist nicht einzusehen, weshalb von den Urkunden der Gemeinden etwas anderes gelten soll, zumal keine gesetzliche Bestimmung eine solche Ausnahme für sie macht. Uebrigens ist über die meisten ungültigen Darlehensgeschäfte überhaupt keine Urkunde errichtet worden. Verlangt Herr Dr. Doktor auch in diesen Fällen die bedingungslose Anerkennung?

Die Berufung des Urteiles des Obersten Gerichtes vom 12. März 1924 (Fall Hohenstadt) ist sehr am Orte. Es ist klar, daß die Banken nicht für die Versprechungen der ehemaligen österreichischen Regierung haften. Wohl aber haften sie für ihre eigenen Versprechungen und insbesondere für ihre Zusagen, daß die Verzinsung und Rückzahlung der Darlehen ausschließlich aus der Verzinsung und Einlösung der Kriegsanleihe bestritten werden wird und die Schuldner daher keinerlei Verpflichtungen zu Barzahlungen übernehmen.

Die Behauptung, daß die Entscheidung des Obersten Gerichtes vom 20. November 1923 eine „singuläre Erscheinung“ sei, ist unrichtig. Tatsache ist, daß bisher das Oberste Gericht an der in dieser Entscheidung ausgesprochenen Rechtsanschauung folgerichtig festgehalten hat. Es sei nur auf die Entscheidungen dieses Gerichtes vom 26. November 1923, I. 17.022/18, und vom 16. Oktober 1923, Ab. I 517/23/1, hingewiesen. Es liegt kein juristischer Grund für das Oberste Gericht vor, von seiner Rechtsanschauung abzugehen. Andere als rechtliche Gründe können und dürfen aber selbstverständlich seine Rechtsprechung nicht beeinflussen.

Anwanderungsziffern im April 1924. Nach den vorläufigen Bemerkungen des Statistischen Staatsamtes (zu deren Vollständigkeit noch Berichte von drei Bezirken fehlen) wurden im Monate April Auswandererziffern ausgegeben: in Böhmen für 776 Personen, in Mähren für 233, in Schlesien für 60 in der Slowakei für 2173, in der Podlarpascha Rus für 106, in der ganzen Republik für 3348 Personen (im März 1924 für 3560). Von diesen Personen haben als Reiseziel angegeben: Frankreich 1182 (im März 1924 683), die Vereinigten Staaten von Nordamerika 1141 (1656), Kanada 262 (546), Oesterreich 180 (123), Deutschland 145 (126), Ungarn 113 (87), das Königreich Serbien 80 (36), Argentinien 54 (69), Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken 44 (53), Italien 33 (10), Rumänien 27 (29), Polen 23 (24), sonstige Staaten 59 (108) Personen, 5 (10) Personen haben kein Reiseziel angegeben. Zum Ueberseetransport wurden im Monate April aus der ganzen Republik 757 Personen (im März 635) übernommen, davon 608 (502) nach Kanada, 95 (47) nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 41 (68) nach Argentinien und 13 (18) nach den übrigen amerikanischen Staaten.

Der tschechoslowakische Arbeitervertreter auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Wie das „Ceske Slovo“ schreibt, ist in der Frage des Arbeitervertreters bei der internationalen Arbeitskonferenz in Genf ein Streit zwischen den tschechischen Gewerkschaften ausgebrochen. Die Regierung hat nämlich den tschechischen Delegierten Abgeordneten Curiš zum Arbeiterdelegierten ernannt und dies ohne Zustimmung und gegen den Willen der größten tschechischen Gewerkschaftsorganisationen.

Literatur.

Dr. Albert Röll: „Der Spiritismus“. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung. Diese kleine, durch viele Bilder belebte Schrift ist eine rücksichtslose Enttarnung des Geisterfehndels. Nach einem kurzen Abriss der Geschichte des Spiritismus geht der Verfasser auf die verschiedenen Spielarten der Geheimmerei ein und schildert mehrere Sitzungen, in denen er selbst oft Gelegenheit hatte, die erschienenen „Geister“ als plumpe Tuschenspielerhandstücke zu enttarnen. Man beginnt an dem Bestand der Spiritisten zu zweifeln, wenn man hört, an was für hirnverbrannten Unfurn sie selbst glauben. Aber sonderbarerweise gelangen alle ihre Experimente nicht, so bald ein skeptischer, aufmerksamer Beobachter da ist (es heißt dann, dieser Besucher sei dem „Geist“ „unsympathisch“), sie mißlingen auch, wenn man die geringste Kontrolle ausübt, und glücken nur dann, wenn eine Herde gut gläubiger Dummköpfe da sitzt, die sich willig und gern von den Medien und ihren Impresarios beschwindeln läßt. Sämtliche Phänomene des Spiritismus können als Schwindel oder als Geschicklichkeitskunststück erklärt werden. Der überwiegende Teil ist blanker Sumbuz. Die Anhänger dieses angenehmen gruseligen Zeitvertreibes sind in der Mehrzahl beschäftigungslose Aristokraten, alte verdrohene Fräulein und ähnliche hysterische Menschen, die im Geisterpaul Sesselfonten, Narrenkittel suchen. Deshalb wäre uns auch das ganze tolle Getriebe gleichgültig, wenn nicht der liebevolle Betrug sich in letzter Zeit Material-fremd zu drapieren begänne. Fragt sich tal-fremd zu drapieren begänne. Fragt man nämlich den Geist in einer derartigen Séance nach dem Verbleib großer Menschen, Denker, Dichter und Künstler, der ihn „macht“, daß alle Lammströmen im Himmel seien, aber jene großen Menschen, die sich an Gott und allen anderen Dogmen zu zweifeln gestatteten, in der Hölle befänden. So sind zum Beispiel Kant, Nietzsche, Napoleon, Schopenhauer, Häkel im „Dunkeln“ und „Finstern“, besonders Sadee geht es sehr schlecht, er hat ja im Leben so sehr an den Lehren der Kirche zu rütteln gewagt. Hier beginnt der Geisterfehndel, der sonst nur ein Unterhaltungsmittel für adlige Snobs und sonstige Nichtstuer ist, gemeingefährlich zu werden. Deshalb ist Aufklärung dringend vonnöten, deshalb muß der Schleier, unter dem reale, mit Händen und Füßen der Medien hervorgebrachte Erscheinungen als „Geistermaterial“ ausgegeben werden, rücksichtslos heruntergerissen werden. Unt diesen Zweck erfüllt Rölls Vichlein ganz ausgezeichnet. F. A.

Turnen und Sport.

Zum Bundesturnfest in Karlsbad.

Die am 16. Juni in Kuffsig stattgefundene Sitzung des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes und der Kreisvertreter schloß mit allen gegen zwei Stimmen folgenden Beschluß:

„Es ist eine Vertretung der Roten Sportinternationalen, ferner der Verband der russischen Arbeiterturner und Sportler zum Bundestag einzuladen, desgleichen die Luzerner Arbeiter-Sportinternationalen und ihre angeschlossenen Verbände.“

Demnach ist also die tschechische kommunistische Föderation nicht eingeladen.

Sportriege des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Neuzettl gegen Sportriege Altrohlan (Serienpiel) 3 : 1 (1 : 1). Neuzettl konnte sich bereits im ersten Serienpiel zwei Punkte sichern, es war dies ein Ueberaschungssieg, denn Altrohlan hat gewaltig an Form gewonnen. Altrohlan hätte, wenn schon nicht den Sieg, so doch ein Unentschieden erzielen können, wenn es etwas mehr mit Eifer gespielt hätte.

Falkenauer Fußballklub 1a gegen „Kohland“ (Serienpiel) 1 : 0 (Serienpiel). Das erste Serienpiel konnte die Falkenauer Mannschaft für sich entscheiden. Es war ein heißer Kampf und mit Recht kann gesagt werden, daß beide Mannschaften derzeit über gleiche Spielstärke verfügen. Das Spiel selbst war sehr schön und hatte in Gen. Damal einen sehr guten Leiter, der wohl die Zufriedenheit beider Mannschaften erworben hat. Das siegreichende Tor erzielte Dürbed für Falkenau in der 83. Minute. Bei Falkenau tat jeder Mann sein bestes, besonders Albert hatte einen Glanztag. Auch die Kohlander Mannschaft lieferte das beste, was sie nur konnte, und ist besonders Stapanek hervorzuheben, welcher durch seine faire Spielweise sehr gefiel. — Falkenauer Fußballklub Ref. gegen Kohland Ref. 3 : 1. Die Reserven lieferten einander ein schönes faires Spiel und siegte Falkenau verdient.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag.

Graben 25, Kl. Lazar.

1802

Konsum- und Spartenverein „Einigkeit“ in Anshofitz registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Einladung zu der am Sonntag, den 22. Juni 1924, nachmittags 2 Uhr im Gartenjale der Restauration „Frais“ (früher Hotel „Stefan“) in Eger stattfindenden konstituierenden Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Proponenten. 2. Verlesung und Genehmigung der Statuten. 3. Wahl des Aufsichtsrates und des Vorstandes. 4. Beschlußfassung über den Beitritt zum Verbande deutscher Wirtschaftsgenossenschaften in Prag, sowie zur Großeinlagengesellschaft für Konsumvereine in Prag. Für die Proponenten: Karl Cerebný m. p. Rudolf Haberlik m. p.

Konsum- und Spargenossenschaft „Vorwärts“, reg. Genossenschaft m. b. H. für Eger und Umgebung. Einladung zu der am Sonntag, den 22. Juni 1924, nachmittags 2 Uhr im Vereinszimmer der Restauration „Frais“ (früher Hotel „Stefan“) in Eger stattfindenden konstituierenden Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Proponenten. 2. Verlesung und Genehmigung der Statuten. 3. Wahl des Aufsichtsrates und des Vorstandes. 4. Beschlußfassung über den Beitritt zum Verbande deutscher Wirtschaftsgenossenschaften in Prag, sowie zur Großeinlagengesellschaft für Konsumvereine in Prag. Für die Proponenten: Josef Müller m. p. Wenzl Schmeberger m. p.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riechne. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Soltk.

Kunst und Wissen.

Die „Gretchen“-Ausführung am Donnerstag verboten! Die Prager Theaterleitung teilt mit: Da gegen die angekündigte Aufführung von „Gretchen“ mit Erika Glöhner am Fronleichnamstage (Donnerstag) ein behördliches Verbot erlassen ist, wird an diesem Tage im Neuen Theater Hofens „Beer Gyn!“ gegeben werden. Die für die „Gretchen“-Ausführung gelösten Karten werden für Freitag, den 20. Juni umgetauscht. In der Kleinen Bühne wird Freitag statt „Die Sache mit Lola“ Minnedes Operette „Der Vetter aus Dingsda“ gegeben werden.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch „Die blaue Maus“; Donnerstag „Beer Gyn!“ (Beginn 7 Uhr); Freitag Glöhner „Gretchen“ (Beginn 7 Uhr); Samstag Gutheil-Schoder „Elektra“; Sonntag nachmittags „Tiefenland“, abends „Der ledige Schwieger-sohn“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch Glöhner „Die Mary“, 10 Uhr nachts Glöhner „Lissa, die Kolotte“; Donnerstag „Der Fürst von Pappenheim“; Freitag „Vetter aus Dingsda“; Samstag „Das Kamel geht durch das Nadelöhr“; Sonntag abends „Die Sache mit Lola“.

